

Stadtplanung

Stadtstrukturplanung

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der MA 18 lagen im Jahre 1980 bei der Weiterbearbeitung des Stadtentwicklungsplanes, insbesondere bei der Fertigstellung des Kapitels „Siedlungsstruktur — Stadtentwicklung“ und bei einer Zusammenfassung der Ergebnisse zu einem längerfristigen Leitbild für die räumliche Entwicklung Wiens sowie beim Abschluß der Arbeiten zur Verkehrskonzeption. Die Arbeiten an den vom Gemeinderat mit Beschluß über die Verkehrskonzeption festgelegten Durchführungsprogrammen, Kurzfristprogrammen bzw. Projekten sind voll angelaufen. Wesentlichen Umfang haben auch die Bearbeitungen von Modellfällen zu Bezirksentwicklungsplänen und Bezirksverkehrskonzepten.

Gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurde im Jahre 1980 für die Abteilung eine neue Organisationsstruktur erarbeitet und mit Stichtag 1. Juli 1980 eingeführt. Die wesentliche Neuerung dieser Organisation besteht in der Schaffung der Gruppen „I — Grundlagen“, „II — Stadt- und Bezirksentwicklungsplan“, „III — Öffentlicher Verkehr“ und „IV — Individualverkehr“ sowie in einer Koordinationsgruppe, die die Projektüberwachung sowie die interne Koordinierung zur Aufgabe hat. Durch die neue Organisation soll eine Anpassung an die neuen Aufgaben, insbesondere die Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen, erreicht werden; zur Erfüllung dieser Aufgaben sind in der Gruppe II gebietsbezogene Referenten tätig. Den wachsenden Erfordernissen der Öffentlichkeitsarbeit trägt das Referat „Fachinformation“ der Gruppe I Rechnung, für die interne Rationalisierung wurde die Einrichtung eines Facharchivs notwendig.

Auf einige wesentliche Arbeitsbereiche sowie Ergebnisse aus der Tätigkeit der Abteilung wird im folgenden näher eingegangen:

Ein weiteres Sachkapitel des Stadtentwicklungsplanes (STEP), nämlich „Grünraum, Freizeit und Erholung“, wurde 1980 veröffentlicht. Somit lagen Ende 1980 zwölf Sachkapitel des STEP veröffentlicht vor. Das Kapitel „Siedlungsstruktur — Stadtentwicklung“, in dem neben einer Zusammenfassung der räumlichen Aussagen über die einzelnen Sachbereiche die Grundsätze und Ziele der räumlichen Stadtentwicklung nicht nur für die Gesamtstadt, sondern auch für die einzelnen Bezirke enthalten sind, wurde dem Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung vorgelegt und zur Veröffentlichung freigegeben. Daneben waren die Arbeiten an der Zusammenfassung des Stadtentwicklungsplanes voranzutreiben. Schwerpunkte waren dabei die Arbeiten an der räumlichen Entwicklungskonzeption, das heißt an dem längerfristigen Leitbild für die räumliche Entwicklung Wiens.

Anfang 1980 wurde die Diskussionsphase zur Verkehrskonzeption für Wien abgeschlossen. Die Diskussionsbeiträge wurden im Hinblick auf die Verträglichkeit mit grundsätzlichen Zielen der Verkehrspolitik und des Stadtentwicklungsplanes eingehend überprüft; schließlich konnte eine Endfassung erstellt werden, die den Organen der Stadt Wien vorgelegt wurde. Nach eingehender Debatte hat der Wiener Gemeinderat am 29. April 1980 dem folgenden Beschlusßantrag zugestimmt:

1. Die im Teil A der Verkehrskonzeption formulierten Ziele für die zukünftige Verkehrsentwicklung in Wien werden als Grundlage für alle Planungs- und Durchführungsmaßnahmen im Bereich des Verkehrs sowie als Basis für die Vertretung der Interessen Wiens gegenüber Dritten zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, alle notwendigen Vorkehrungen zur Verwirklichung der in der Begründung dieses Antrages enthaltenen Vorschläge im Sinne der in Teil B der Verkehrskonzeption angeführten Maßnahmen und Prioritäten zu treffen und gegen Dritte zu vertreten.

3. Für wichtige Maßnahmenbereiche sind kurz- und mittelfristige Durchführungsprogramme sowie entsprechende Finanzprogramme zu entwickeln und in den Voranschlägen bzw. im mittelfristigen Finanz- und Investitionsplan zu berücksichtigen.

Wichtige derartige Maßnahmenbereiche sind ein Beschleunigungsprogramm, ein Ausbauprogramm des übergeordneten öffentlichen Verkehrs einschließlich Park-and-ride-Anlagen, ferner ein Ausbauprogramm des hochrangigen Straßennetzes, Ausbauprogramme für den ruhenden Verkehr, Programme für die Verkehrsberuhigung in Wohngebieten sowie schließlich Radwegeprogramme.

4. Die vorgeschlagenen längerfristigen Leitbilder und Maßnahmen sind so weit zu bearbeiten und abzuschließen, daß die Realisierung nicht erschwert und unmöglich gemacht wird.

5. Die Verkehrskonzeption und die aus ihr abgeleiteten Programme sind fortzuschreiben. Diese Fortschreibung muß jedenfalls Änderungen der stadtentwicklungs- und verkehrspolitischen Voraussetzungen und Ziele, zwischenzeitliche Planungs- und Realisierungsmaßnahmen sowie alle sonstigen wesentlichen Änderungen berücksichtigen. Über diese Fortschreibung ist in angemessenen Abständen dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen. Bei Anträgen und Einzelentscheidungen, die aus zwingenden Gründen von den Festlegungen der Verkehrskonzeption abweichen, ist auf die Abweichung besonders hinzuweisen.

Der Magistratsdirektor hat mit Weisung vom 6. November 1980 die Dienststellen der Stadt Wien angewiesen, innerhalb ihres Wirkungsbereiches im Sinne der Festlegungen des Gemeinderatsbeschlusses alle Vorkehrungen zur Verwirklichung der Vorschläge der Verkehrskonzeption zu treffen. Gleichzeitig wurde die Fortschreibung der Verkehrskonzeption unter Federführung der Abteilung geregelt.

Gleichzeitig mit dem Beschluß zur Verkehrskonzeption wurden Grundsätze für die 2. Bauphase der U-Bahn festgelegt. Trotz des in der Vereinbarung mit dem Bund vom Mai 1979 geregelten Beitrages des Bundes zum Ausbau und zur Finanzierung des weiteren U- und S-Bahn-Baues in Wien werden dadurch langfristig große Investitionsmittel der Stadt Wien gebunden. Deshalb wurden Grundsätze über die größtmögliche Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, ferner technische Grundsätze und ein Terminplan für Planung und Vorarbeiten festgelegt.

Die zweite Sitzung des Beschlusßorgans der Planungsgemeinschaft Ost fand am 27. Juni 1980 unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes von Wien statt. Ein gemeinsamer Forderungskatalog der drei Bundesländer an den Bund über den vordringlichen Ausbau von Bundesstraßen in den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland konnte verabschiedet werden. Weiters wurde ein Landschaftsrahmenplan „Donauauen“ für den Abschnitt Altenwörth—Wien abgeschlossen. Das Beschlusßorgan sprach Empfehlungen hinsichtlich der zur Erhaltung von Landschaft und Natur, aber auch der Erholungsfunktion notwendigen begleitenden Maßnahmen beim Ausbau der Kraftwerksstufe Greifenstein aus, die an die Donaukraftwerke-AG und an die Gebietskörperschaften gerichtet sind. Eine eingehende Bewertung der Bauweisen konnte zwar Bedenken gegen die Trockenbauweise teilweise zerstreuen, es wurde aber noch ein detaillierter Vergleich mit der Naßbauweise für erforderlich gehalten. Eine gleichartige Untersuchung über den Donauabschnitt Wien—Hainburg wurde 1980 eingeleitet. Weiters wurde mit einer Untersuchung über potentielle Park-and-ride-Standorte in der Länderregion begonnen.

Am 28. November 1980 veranstaltete die Planungsgemeinschaft Ost ein Symposium „Länderregion Ost — wirtschaftliche Probleme und Chancen“, bei dem die Gründe des wirtschaftlichen Zurückbleibens der drei östlichen Bundesländer sowie die Möglichkeiten zu einer Abhilfe behandelt wurden. Unter dem Vorsitz der drei Landesfinanzreferenten und in Abwesenheit maßgeblicher Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik befaßten sich neun Referate mit wesentlichen Teilaspekten der wirtschaftlichen Entwicklung der Länderregion, die Ausgangspunkt für interessante Diskussionen waren.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) hatte die Abteilung das Land Wien in zahlreichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen zu vertreten und dazu den notwendigen landesinternen Konsens herbeizuführen. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag bei der Erstellung eines Entwurfes für ein österreichisches Raumordnungskonzept. Hierbei war es notwendig, in die Entwürfe der Länder und des Bundes, die zu einem gemeinsamen Entwurf verarbeitet wurden, die Interessen Wiens einzufügen. Insbesondere handelte es sich um die Zielsetzungen der Stadterneuerung und der Strukturverbesserung in Wien sowie um die der Standortverbesserung der Ostregion überhaupt.

Unter den Bezirksbearbeitungen konnten wesentliche Fortschritte bei der Bearbeitung des Modellfalles „Bezirkentwicklung 3. Bezirk“ erzielt werden. Nachdem die erkannten Probleme aufgezeigt und quantifiziert wurden, konnten Ziele und Maßnahmen erarbeitet werden. Diese wurden mit den beteiligten Fachdienststellen diskutiert, um eine Grundlage für Gespräche mit den Vertretern der Bevölkerung des Bezirkes zu schaffen. Gleichzeitig wurden, bedingt durch Planungen der U-Bahn-Linie 3 und des Ausbaues der Flughafen-schnellbahn, städtebauliche Begleituntersuchungen und Überlegungen zu einer Bezirksverkehrskonzeption durchgeführt.

Für die Mehrzahl der übrigen Bezirke wurde in der zweiten Jahreshälfte mit der Erstellung einer „Grundstufe“ für einen Bezirksentwicklungsplan begonnen. Dieser hat die Aufgabe, auf der Basis des vorhandenen Wissens über die Struktur und die offenliegenden Probleme eine erste Abgrenzung der Zielsetzung für die Bezirke in Abstimmung mit dem Stadtentwicklungsplan zu ermöglichen. In diesem Rahmen sind auch die Vorarbeiten zur Erstellung eines Landschaftsrahmenplanes für Wien zu sehen, der seinerseits die Basis für einen Landschaftsplan der Bezirke nördlich der Donau darstellen wird.

Im Rahmen einer integrierten Betrachtungsweise wurden gemeinsame Bearbeitungen von Verkehrsprojekten und städtebaulichen Randbedingungen und Auswirkungen durchgeführt.

Zum Bezirksverkehrskonzept für den 10. Bezirk, das im Dezember 1979 beschlossen wurde, wurden im Jahre 1980 die Maßnahmenvorschläge detailliert sowie konkrete Projekte erarbeitet. Entsprechend der Verkehrskonzeption konnte auch ein Radwegenetz für den südlichen Bezirksteil erarbeitet und zur Diskussion gestellt werden. Auch im 22. Bezirk konnten Vorschläge für ein Bezirksverkehrskonzept dem Bezirk als Grundlage für interne Beratungen übermittelt werden. Ein erster Beschluß des Bezirkes über dessen Vorstellung wurde bereits gefaßt, die Beratungen mit den ausführenden Dienststellen sind noch im Gange. Erst nach deren Abschluß wird eine Zusammenfassung der Vorschläge möglich sein.

Das Aufgabengebiet „Öffentlicher Verkehr“ war im Jahre 1980 von Planungen und Projektierungen auf Grund des „Schienenverbundprojekts“ (Vereinbarung Bund-Land Wien) bestimmt. So wurden Bearbei-

tungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Vorortelinie und der Flughafen-S-Bahn sowie Trassenstudien und generelle Projektierungen für die U 3 und die U 6 durchgeführt. Für die U-3-Trasse im 3. Bezirk wurde nach eingehender Diskussion der Varianten am 8. Mai 1980 ein einstimmiger Beschluß der Bezirksvertretung gefaßt. Diese Trasse, mit Verlauf unter der Hainburger Straße, wurde am 23. Mai 1980 vom Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung und am 12. September 1980 vom Wiener Gemeinderat festgelegt. Nach Überprüfung mehrerer Varianten für die Trassenführung der U 6 zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke wurde am 17. September 1980 ein einstimmiger Beschluß der Bezirksvertretung für den 12. Bezirk gefaßt, der die Führung der U 6 unter der Vivenotgasse und eine Umsteigehaltestelle zur U 4 bei der Längenfeldgasse festlegte. Diese Variante wurde am 2. Dezember 1980 vom Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung bestätigt. Nach dem Beschluß des Stadtsenates am 22. Dezember 1980 wurde der Antrag auf Festlegung dieser Trasse an den Wiener Gemeinderat weitergeleitet. Für ein Teilstück der U 3, Stadtpark — Weyrgasse, konnte bereits die politische Projektbesprechung abgehalten und damit das generelle Projekt den ausführenden Dienststellen übergeben werden. Im 1. und 3. Bezirk wurde die Erstellung des generellen Projekts vorangetrieben; als Grundlage für die Entscheidung über die Trassenführung im Bereich Mariahilfer Straße wurde eine Variantenuntersuchung durchgeführt. Die politische Projektbesprechung konnte auch für eine Fußgängerbrücke über den Donaukanal bei der U-4-Station Roßauer Lände, für die Oberflächengestaltung im Bereich der U-Bahn-Haltestelle Kaisermühlen sowie für die Umgestaltung des Gersthofer Platzls abgehalten werden. Im Zuge aller U-Bahn-Planungen werden im Rahmen der städtebaulichen Begleitbearbeitung auch Überlegungen über die künftige Organisation des öffentlichen und privaten Oberflächenverkehrs angestellt sowie Vorschläge erarbeitet.

Eine Studie über kurzfristig realisierbare Park-and-ride-Anlagen im Sinne der Kurzfristprogramme zur Verkehrskonzeption wurde fertiggestellt.

Auf dem Gebiet des Individualverkehrs nahmen Straßenprojektierungen, entsprechend den Festlegungen in der Verkehrskonzeption, breiten Raum ein. Das Anhörungsverfahren gemäß § 4 Bundesstraßengesetz wurde im Jahre 1980 für den mittleren und südlichen Abschnitt der A 22 — Donauuferautobahn sowie für die B 222 — Wiener Vorortestraße (Altmansdorf — Rosenhügel) durchgeführt; vorbereitet wurde das Verfahren für die A 24 — Autobahnverbindung Wien-Ost, Abschnitt Kaisermühlen — Hirschstetten. Die Projekte für die B 3 — Donaustraße (Ortsumfahrung Aspern und Abschnitt Donaufelder Straße — Wagramer Straße), für die B 225 — Wienerbergstraße (Abschnitt Anschlußstelle Favoriten-Ostbahnquerung), für die S 2 — Donaukanal-Schnellstraße im Abschnitt B 3 — Donaustraße bis Brünner Straße und für die A 21 — Wiener Außenring-Autobahn (Kledering — Knoten Kaiser-Ebersdorf) konnten fertiggestellt werden. Eine politische Projektbesprechung, also der Abschluß der Planungen und die Übergabe an die ausführenden Dienststellen, wurde für beide Abschnitte der B 3, im Bereich Kagran gemeinsam mit der Oberflächengestaltung um die U-1-Endstelle, ferner für die Verkehrserschließung des Industriegebietes Aspern sowie für die untere Favoritenstraße abgehalten. Unter den Straßenprojekten, an denen im Jahre 1980 gearbeitet wurde, ist besonders hervorzuheben die Gürtel-Süd-Untersuchung über Möglichkeiten des Ausbaues des hochrangigen Straßennetzes zur Verbesserung der Verkehrs- und Umweltsituation; diese Studie berücksichtigt besonders die engen Wechselwirkungen Stadtstruktur — Verkehrsplanung. Weiters zu nennen ist das Projekt B 1 — Wiener Straße, Verkehrsführung im Abschnitt Heumarkt — Karlsplatz, für das an Hand einer Übersicht über die vorliegenden Varianten samt zugehöriger Umwelt-, Leistungsfähigkeits- und städtebaulicher Gutachten nunmehr eine Grundlage für die Entscheidungsfindung vorbereitet wird.

Im Sinne der in der Verkehrskonzeption geforderten Maßnahmenprogramme wurden Teile für ein Radwegenetz erarbeitet.

Im Rahmen der Stadtforschung konnte der 1. Teil einer Untersuchung über die Tragfähigkeit des Landschaftshaushaltes (vorhandene Belastungen und Belastbarkeit sowie Nutzungsseignungen) abgeschlossen werden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung von Bevölkerungs-, Objekts- und Nutzungsdaten für die Planung wurden auch umfangreiche Arbeiten, vor allem zur Vorbereitung der im Jahre 1981 stattfindenden Großzählung (Bevölkerung, Häuser und Wohnungen, Arbeitsstätten), notwendig. Auch im Jahre 1980 wurden im Rahmen der Information der Bevölkerung Meinungsumfragen (2. und 3. Bezirk) und Fragebogenaktionen (Ballhausplatz, Heuberg, Verkehrskonzeption usw.) durchgeführt. Zum Thema „Ruhender Verkehr“ konnte eine methodische Studie, die vor allem rechtliche Belange und die Einstellung der Bevölkerung zum Inhalt hat, fertiggestellt werden.

Die fachliche Öffentlichkeitsarbeit gewinnt ständig an Bedeutung. Im Jahre 1980 wurden zwei Ausstellungen im Messepalast durchgeführt, und zwar „Aspern '80“ sowie „75 Jahre Wald-und-Wiesen-Gürtel“, sowie insgesamt sieben weitere Kleinausstellungen, vor allem in den Bezirken, betreut. In diesem Zusammenhang war die Anfertigung von Modellen, Schaubildern usw. erforderlich. Darüber hinaus konnten in der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ die Publikationen „Die Land- und Forstwirtschaft in Wien“, die gedruckte Fassung der „Verkehrskonzeption für Wien“ und, wie bereits erwähnt, „Grünraum, Freizeit und Erholung“ zum Stadtentwicklungsplan fertiggestellt werden. Auch die Veröf-

fentlichung des generalisierten Flächenwidmungsplanes für Wien im Maßstab 1 : 10.000, der bei allen Bürgerdienststellen erhältlich ist, konnte abgeschlossen werden.

Der Aufbau eines abteilungsinternen *Facharchivs* wurde mit dem Ziel begonnen, eine bessere Zugriffsmöglichkeit zu früheren Arbeiten und Untersuchungen, die durch die räumlich orientierte Gliederung der Abteilung besonders bedeutsam wird, zu ermöglichen.

Die Abteilung bzw. einzelne ihrer Mitarbeiter vertreten die Stadt Wien in einer Vielzahl von Gremien, Kommissionen usw. Als Beispiel sollen nur das gesamtösterreichische Verkehrskonzept, die vorbereitende Kommission im Bundesministerium für Bauten und Technik für eine Novelle des Bundesstraßengesetzes und für eine neue Dringlichkeitsreihung sowie die ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) erwähnt werden. Innerhalb des Magistrates ist die Mitarbeit in vielen Ausschüssen, wie bei Behindertenfragen usw., gleichfalls notwendig gewesen.

Stadtgestaltung

Das Aufgabengebiet der Abteilung umfaßt, wie in den vorangegangenen Jahren, die drei Schwerpunktbereiche Stadtgestaltung, städtischer Wohnbau und städtischer Nutzbau. In jedem dieser Bereiche ist die Abteilung mit der Planverfassung, Planungsbeaufsichtigung für städtische Bauvorhaben, mit Analysen und Studien sowie der Koordinierung befaßt und als Gutachter im baubehördlichen Verfahren tätig.

In den Bereich *Stadtgestaltung* fallen alle Planungstätigkeiten, die mit architektonischen Belangen und gestalterischen Maßnahmen im Stadtgebiet verbunden sind. Diese umfassen sowohl Oberflächenprojekte, wie Fußgängerzonen bzw. verkehrsarme Zonen, die Umgestaltung von Verkehrsbereichen und Straßenräumen als auch Stadterneuerungsprojekte, Revitalisierungsmaßnahmen, die Mitarbeit an Ausführungsprojekten anderer Dienststellen, die Vorbereitung und Durchführung von Wettbewerben sowie die Bauberatung und Begutachtung von privaten Bauvorhaben im Zuge des baubehördlichen Bewilligungsverfahrens.

Auf dem Gebiet der Oberflächenprojekte waren auf Grund stadtbildverändernder Maßnahmen, wie U-Bahn-Bau, Straßenneubau, Fußgängerbereiche und Wohnstraßen, weitere bzw. die Fortsetzung begonnener Planungsarbeiten erforderlich. Dieser Aufgabenbereich umfaßt im einzelnen alle Planungsarbeiten — vom Vorentwurf bis zur Detailplanung — einschließlich der dafür notwendigen Arbeits- und Koordinierungsgespräche mit den befaßten Dienststellen.

Als abteilungseigene Planungen hinsichtlich Fußgängerzonen — verkehrsarme Zonen waren die abschließende Detailplanung der verkehrsarmen Zone, 12, Meidlinger Hauptstraße, die weitere Entwurfsplanung und Detailgestaltung für die Fußgängerzone in 12, Rosasgasse, zu erstellen. Ferner wurden Entwürfe für die Ausgestaltung der Straßenbereiche in 16, Ottakringer Straße „Im alten Ort“, in 10, Columbusplatz und untere Favoritenstraße, und die Planung in 16, Wichtelgasse — als Modellfall einer Wohnstraße —, in der Detailgestaltung bearbeitet. Darüber hinaus waren vom Referat Stadtgestaltung Entwürfe für die Gestaltung von Straßenzügen in mehreren Bezirken, insgesamt 23 Projekte, zu verfassen.

Von den Planungen durch Ziviltechniker, bei denen die Abteilung koordinierend eingeschaltet ist, ist insbesondere die Fortführung der Gestaltung des Franz-Josefs-Kais im Abschnitt Postgasse—Aspernbrücke, der Abschnitte Schwedenplatz und Morzinplatz (Detailausführung) sowie der Abschnitt Morzinplatz—Maria-Theresien-Straße zu nennen. Weitere derartige Koordinierungsaufgaben entstanden durch die Gestaltung im Bereich der neuen Donaukanalbrücken (Rosauer und Uraniabrücke), die Oberflächengestaltung des Vorkais (Augarten bis Aspernbrücke), durch die Stufenanlage um das Volkstheater sowie die Gestaltung des Ruprechtsplatzes.

Ferner wurden gestalterische Begleitbearbeitungen in Verbindung mit Straßen-, U-Bahn- und sonstigen Großprojekten durchgeführt. Auf Grund der Mitarbeit an der Planung bei generellen bzw. Ausführungsprojekten anderer Dienststellen war die Abteilung insbesondere am Hochwasserschutzprojekt Donaubereich, aber auch durch gestalterische Begleitmaßnahmen im Zuge der Planung an der U 6, der Galeriestrecke der U 4, dem siebenten Bauabschnitt der U 4 (Dominikanerbastei) und der Oberflächengestaltung der U 1 und U 3 sowie der Vorortelinie befaßt. Der Aufgabenbereich umfaßt die Oberflächengestaltung in den Stationsbereichen ebenso wie den Umbau der Brücken- und Stationsbauwerke der Vorortelinie und die Galeriestrecke der U 4 zur Wahrung architektonischer und städtebaulicher Aspekte. Des weiteren wurde an 26 Straßenprojekten der MA 28 mitgearbeitet bzw. waren Stellungnahmen aus stadtgestalterischer Sicht zu solchen Projekten abzugeben.

Eine weitere Tätigkeit der Abteilung besteht in der Grundlagenplanung. Dieser Planungsprozeß beinhaltet die Erarbeitung von generellen bzw. praxisbezogenen Unterlagen, die ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen im Zuge von Projektstellungen gewährleistet. Durch theoretische Studien, Analysen und Bewertung der bestehenden Stadtgestalt (örtliches Stadtbild) soll die Grundlage für die künftige gestalterische Planung im Hinblick auf ein geordnetes Stadtbild festgelegt werden. Diese Grundlagen dienen in weiterer Folge der Bebauungsplanerstellung von generellen Projekten und letztlich auch der Bauberatung. Solche Teilgebiete gestalterischer Bearbeitung waren erstmals „Meidling“ (Gestaltungskonzept — Endfassung) und „Landstraße“ (Beginn der Bestandsanalyse). Ein weiterer Teil dieses Aufgabengebietes umfaßt die Mitarbeit bzw. die Erstellung einzelner Ka-

pitel zum Stadtentwicklungsplan. So wurden Beiträge zur Siedlungsstruktur des Teilkapitels „Stadtgestaltung“, zu einer „Bauklassenkarte“ und zur Karte „Profilüberragende Gebäude“ erarbeitet. Zur Grundlagenplanung gehören auch die städtebaulichen Begleituntersuchungen für den Wettbewerb „Gräf-&-Stift-Gründe“ im 19. Bezirk, die Stellungnahmen zu Stadtentwicklungsplänen, wie dem Bezirksentwicklungsplan für den 3. Bezirk, zum Bezirksverkehrsplan für den 10. Bezirk, zu generellen Verkehrsplanungen (U-Bahn, Autobahnen), zur Grünraumplanung (Donaubereich) sowie die Stellungnahmen und die Mitarbeit bei Studien der MA 18 und der MA 21 für Bebauungsdichte, Parkraumbeschaffung, Garagenstandorte, Erschließungsrichtlinien und alte Ortskerne. Ein weiteres Aufgabengebiet ist durch die Erstellung von Wohnstraßenkonzepten, das „Kurzfristprogramm Verkehrsberuhigung“, die Revitalisierung der „Wiener Werkbundsiedlung“ (Fertigstellung einer Dokumentation) und im Arbeitskreis „Wohnbauplanung“ gegeben. Außerdem werden Standortuntersuchungen hinsichtlich der Einfügung von geplanten Baumassen in das örtliche Stadtbild durchgeführt und zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Stadium des „Gründruckes“ Stellung genommen. Begleitend zu den städtebaulichen Untersuchungen für den Wettbewerb zur Bebauung der „Gräf-&-Stift-Gründe“ im 19. Bezirk wurden in Zusammenarbeit mit einem Ziviltechniker die Wettbewerbsunterlagen erarbeitet. Zur Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Gemeinde als Lebensraum“ wurden ausgewählte Beispiele zum Thema Stadterneuerung bzw. Stadterweiterung aufbereitet und dem Auslober übergeben. Neben den angeführten Agenden waren Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationsdienstes (Meidlinger Hauptstraße, Franz-Josefs-Kai und andere Oberflächenprojekte) sowie die Unterlagen für die Projektpäsentation vor dem Gemeinderat und in der „Rundfahrt-Broschüre“ auszuarbeiten.

Der Arbeitsbereich der Bauberatung umfaßt die Beurteilung aller bewilligungspflichtigen Bauansuchen (Neubauten von Wohn-, Büro- und Industrieanlagen sowie Zu- und Umbauten) nicht gemeindeeigener Bauvorhaben, weiters die Portalum-, -zu- und -neubauten und die Errichtung sämtlicher Reklameanlagen. 1980 wurden 6.724 Ansuchen protokolliert und bearbeitet. Außerdem waren 5.132 Ansuchen um Bewilligung von Abgasstutzen für Außenwandheizgeräte und Fenstererneuerungen, zum überwiegenden Teil sofort im Parteienverkehr, zu begutachten und zu erledigen. Besondere Schwerpunkte in der diesjährigen Bauberatung waren die im Stadtbild besonders wirksamen Bauvorhaben im Zentrum, in den Schutzzonen und in der Stadtsilhouette. Es waren dies vor allem die Projekte für die Verbauung des Schwarzenberg- und Ballhausplatzes, der Gartenbaugründe, das Ronacher, Bürohochhäuser und Industrieanlagen in Außenbezirken, aber auch kleinere Projekte in den Schutzzonen.

Im Jahre 1980 lag das Hauptgewicht der Tätigkeiten des Referates *W o h n b a u* wieder auf der Mitarbeit bei Neuplanungen im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes. Darüber hinaus waren die Mitarbeiter des Referates mit selbständigen Arbeiten, wie Instandsetzungen von Althausfassaden, Althausanierungen, diversen Um- und Zubauten, Versuchsbauvorhaben sowie mit Studienprojekten und deren Umsetzung in die Praxis betraut. Der in den letzten Jahren sich abzeichnende Trend zur Stadterneuerung setzte sich auch 1980 weiter fort. Durch den Mangel an geeigneten Bauplätzen im Randgebiet von Wien wurde die Stadtverwaltung zum verstärkten Erwerb von innerstädtischen Liegenschaften veranlaßt. Dies hatte die Planung von Klein- und Kleinstwohnbauvorhaben mit oft nicht mehr als 20 Wohnungen zur Folge. Die daraus resultierenden Fakten waren ein zahlenmäßiger Rückgang der in Planung befindlichen Wohnungen, jedoch auch ein Ansteigen der Zahl von Besprechungen im Rahmen des magistratsinternen Genehmigungsverfahrens der diversen Projekte sowie eine vermehrte Anzahl von Vorsprachen durch Architekten. So befanden sich 1980 43 Projekte im Planungsstadium, 69 Architekten waren mit Planungsarbeiten beauftragt. Des weiteren wurden die Koordinierungsarbeiten sowie die Betreuung der Detail- und Ausführungsplanung der 65 in Ausführung befindlichen Wohnbauvorhaben durchgeführt. Der Nachfrage an innerstädtischen Kleinwohnungen entsprechend, wurde die Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt und ein Anteil von rund 30 Prozent am Gesamtwohnungsvolumen als A- und B-Typen, hauptsächlich für ältere Menschen, geplant. So konnte dem Wunsch nach Unterbringung von älteren Menschen im eigenen Bezirk weitgehend entsprochen werden.

In Zusammenarbeit mit der für die Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung tätigen MA 27 wurden vom Referat Wohnbau bei 15 Altbauten die jeweilige Art und Weise der Fassadeninstandsetzung erarbeitet. Als Beispiel seien genannt im 15. Bezirk die Siedlung Schmelz, im 17. Bezirk der Lobmeyrhof, ferner das Haus, 17, Wattgasse 96–98, oder 9, Daringergasse 12–20.

Die Realisierung der Studie „Blocksanierung“ fiel ebenso in das Jahr 1980 wie das von den Massenmedien in ausführlicher Weise behandelte Projekt des „Ökohauses“, das unter der Mitarbeit des Künstlers *Hundertwasser* in 3, Kegelgasse–Löwengasse, in die Praxis umgesetzt werden soll. In Analogie zur Studie „Verdichtung von drei Wohngebieten“ wurde in 20, Brigittaplatz, mit der Planung zu deren Verwirklichung begonnen. Bei den im Planungsstadium befindlichen Wohnbauprojekten wurden an infrastrukturellen Einrichtungen 1 Geschäftszentrum, 16 Geschäftslokale, 3 Kindertagesheime, 2 Arztpraxen, 6 Einrichtungen für Sozialdienste, 1 Postamt und 1 Stützpunkt der MA 48 vorgesehen. Außerdem wurden 24 Wohnungen behindertengerecht gestaltet.

Die Tätigkeit der Gruppe *N u t z b a u* umfaßt, den Wohnbau ausgenommen, die Planung städtischer Neu-, Zu-, Umbauten sowie Adaptierungen, ausgehend von der Grundlagenbeschaffung bis zur Einrichtung der Ge-

bäude. So werden Spitäler, Sportbauten, Bäder, Markthallen, Schulen, Kindergärten und Amtshäuser planungsmäßig betreut. Die Aufgabe der Nutzbaugruppe liegt einerseits in der selbständigen Durchführung dieser Planungen, andererseits in der Koordinierung des Planungsablaufes bei Beauftragung von Ziviltechnikern. Die Projekte werden bis zur Ausführungsreife entwickelt und den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Auf dem Bildungssektor liegt beim Schulbau der Stadt Wien der Schwerpunkt gegenwärtig auf der Erneuerung überalterter Objekte im innerstädtischen Bereich. Die Problematik besteht hier vor allem in der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes während der Bauarbeiten und in der sehr beengten Beschaffenheit der Bauplätze. Daraus resultiert die Notwendigkeit der etappenweisen Errichtung der Gebäude. Von der Abteilung werden gegenwärtig die Weiterführung der Generalsanierung der Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, samt Erweiterungs- und Neubau der achtklassigen Ganztagschule in 15, Reichsapfelgasse, während der Bauausführung betreut. In Planung befindet sich die Adaptierung des städtischen Objekts in 15, Meiselstraße—Johnstraße, für Berufsschulzwecke. Von den Schulbauplanungen, die durch Ziviltechniker erstellt werden und bei denen die Abteilung koordinierend mitwirkt, sind die Vorentwurfsplanungen für die zwölfklassigen Volksschulen in 18, Köhlergasse, und in 22, Schüttauplatz, sowie die Bauausführungsplanungen für den Polytechnischen Lehrgang mit 24 Klassen in 10, Pernerstorfergasse, und den Zubau der Turnhallen in 21, Aderklaaer Straße, bzw. in 22, Plankenmaistraße, zu nennen. Im Rahmen der Tätigkeit in der Schulbaukommission wurde in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen die Ausarbeitung der 1979 begonnenen Studie „Vergleichende Untersuchung Wiener Pflichtschulbauten 1968 bis 1978“ abgeschlossen.

Was den Arbeitsbereich Bäder betrifft, so befinden sich die bestehenden Bädoranlagen in einem unterschiedlichen baulichen und technischen Zustand. Bei verschiedenen Kinderfreibädern, Volksbädern, Warm- und Sommerbädern sind, um den weiteren Bestand zu sichern, dem neuen Bäderhygienegesetz zu entsprechen und um die Attraktivität zu heben, umfassende bauliche Maßnahmen notwendig geworden, die größtenteils nach Planungen der Abteilung durchgeführt werden. Bei den Kinderfreibädern wurde mit der Planung für die Sanierung und den Ausbau der Anlage in 3, Kardinal-Nagl-Platz, begonnen. Auf Grund der ständig abnehmenden Besucherzahlen in den Brausebädern verschiedener Volksbäder konnten in stillgelegten Bäderabteilungen Saunananlagen eingebaut werden. So erfolgten in den Saunanlagen in 3, Apostelgasse, und in 23, Perchtoldsdorfer Straße 16, derartige Um- und Zubauten. Die 1979 begonnenen Planungsarbeiten für den Zu- und Umbau und die Generalsanierung des Amalienbades wurden fortgesetzt. Der Neubau an Stelle des 1880 erbauten Sommerbades in 14, Hadersdorf-Weidlingau, wurde fertiggestellt und konnte bereits in der Badesaison 1980 in Betrieb genommen werden. Die Planung für den Neubau eines Büffets im Sommerbad in 21, An der oberen Alten Donau (Angelbad), wurde aufgenommen und die Einreichung durchgeführt. Umfangreiche Planungs- und Koordinierungstätigkeiten waren für Umbau- und Adaptierungsarbeiten sowie Einrichtungen in Amtshäusern und in sonstigen städtischen Objekten durchzuführen. Da in den Amtshäusern das derzeit verwendete Beschuldungssystem infolge seiner Unübersichtlichkeit zu Orientierungsschwierigkeiten führt, wurde mit einer Studie zur Ermittlung eines geeigneten Systems begonnen.

Für die Bezirksmuseen in 21, Prager Straße, und in 22, Kagraner Platz, wurden Plätze für die Adaptierungsarbeiten und Zubauten angefertigt. Für das im Schloß Pötzleinsdorf einzurichtende Museum konnten die Vorentwurfspläne erstellt, für die Aufstockung der Volkshochschule Hietzing und für Zu- und Umbauten der Volkshochschule in 20, Raffaelgasse 11, Vorentwürfe ausgearbeitet werden.

Der Arbeitsbereich Kindertagesheime und Heime für Jugendliche umfaßt Neubauten und Adaptierungen von Kindertagesheimen, Umbauten bestehender Heime und von sonstigen Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche sowohl in Wien als auch in den Bundesländern sowie den Ausbau von Bezirksjugendämtern. An abteilungseigenen Neubauten wurde für das Kindertagesheim in 23, Wiener Flur—Basler Gasse, die Planung erstellt. Planungs- und Baubetreuungstätigkeit vom Entwurf bis zur Bauausführung waren für Umbau- und Adaptierungsarbeiten in bestehenden Kindertagesheimen durchzuführen. So wurde unter anderem die Planung für den Umbau des Kindertagesheimes in 14, Linzer Straße 417, durchgeführt und die Zustimmung des Bundesdenkmalamtes hiezu erreicht, nachdem der ursprünglich vorgesehene Abbruch des Objektes versagt worden war. Für ein zweigruppiges Kindertagesheim in 22, Maschlasse, mit anschließender Sportlergarderobe und Büffet wurde die Einreichung durchgeführt und mit dem Bau begonnen. In 19, Heiligenstädter Straße 82 (Karl-Marx-Hof), wurde die Planung für die Generalrenovierung des bestehenden Kindertagesheimes aufgenommen. Die Kindertagesheime in 16, Wattgasse, in 14, Hägelingasse—Kendlerstraße, in 21, Fultonstraße, in 9, Borschkegasse, wurden nach erstellten Planungen adaptiert. Desgleichen wurden laufend kleinere Adaptierungsarbeiten an mehreren Objekten durchgeführt, wofür ebenfalls stets die erforderlichen Planunterlagen zu erstellen waren und die Baubetreuung wahrgenommen werden mußte.

Im Bereich Heime konnten die Renovierungs- und Umbauarbeiten in Klosterneuburg nach sechsjähriger Tätigkeit im wesentlichen fertiggestellt werden. Im Kinderheim Biedermannsdorf, in dem die Umbauarbeiten ebenfalls bereits mehrere Jahre dauern, wurde 1980 der Verwaltungsteil umgebaut und die Straßenfassade des Hauptgebäudes in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt alten Vorlagen entsprechend wiederherge-



Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer (Stadtplanung) eröffnet die Wohnstraße Wichtelgasse im 16. Bezirk

Stadtplanung

Die neue Textverarbeitungsanlage der Baupolizei für die Bezirke 1 bis 9 und 20





Eine neue Parkanlage entsteht im 3. Bezirk in der Czapkagasse

Stadtgartenamt
Bäder

Das renovierte Sommerbad Hadersdorf-Weidlingau



stellt. Die Umbauarbeiten im Lehrlingsheim Nußdorf wurden nach drei Jahren mit dem Ausbau des Kellers und des Erdgeschosses sowie der Fassadenrenovierung fertiggestellt.

Neben dem Ausbau der Heime rückt auch die Schaffung von Wohngemeinschaften für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mehr in den Vordergrund. Diese werden zum Teil in Altvillen, wie in Pötzleinsdorf, oder in neuen kommunalen Wohnhausanlagen in mehreren zusammengelegten Wohnungen eingerichtet, wie zum Beispiel in 10, Laxenburger Straße—Troststraße.

Ein Schwerpunkt liegt zur Zeit auch auf dem Ausbau der Bezirksjugendämter. So wurde der Einbau des Bezirksjugendamtes 10 in einem ehemaligen Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse in 10, Van-der-Nüll-Gasse, durchgeführt und abgeschlossen; für den Einbau des Bezirksjugendamtes 17 und 18 im Objekt in 17, Röttergasse 6, wurde die Planung erstellt; die Planung für die Generalrenovierung des Bezirksjugendamtes in 16, Arnegasse 84, wurde aufgenommen. Die Planungen beauftragter Ziviltechniker betreffen vor allem Kindertagesheime, die im Zuge von Wohnhausanlagen miterrichtet werden. Bei diesen Projekten erfolgt seitens der Abteilung eine Begutachtungs- und Koordinierungstätigkeit von Beginn der Planung bis zur Ausführung.

Die Vielzahl und Vieltätigkeit der Planungsaufgaben für die Wiener Krankenanstalten, die größtenteils von der Abteilung selbst durchgeführt werden, stellen ein besonders umfangreiches Einsatzgebiet mit laufenden Planungsarbeiten, Bau- und Koordinierungsgesprächen sowie der Baubetreuung mit künstlerischer Oberleitung und Materialwahl bis ins kleinste Detail dar. Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit lag beim Umbau von Stationen (Saalunterteilungen), Primariaten und medizinischen Versorgungseinrichtungen (Ambulanzen, OP-Säle), beim Um- bzw. Zubau von Küchen, Speiseräumen und Versorgungssystemen, bei der Verbesserung von Sanitäranlagen durch Einbau zusätzlicher Bäder und WC-Anlagen für Personal und Patienten; ferner bei der architektonischen Ausgestaltung von Eingangs- und Wartehallen sowie von Aufenthaltsräumen, bei haustechnisch erforderlichen Zu- und Umbauten (Kesselhäuser, Lüftungsanlagen), bei Fassadeninstandsetzungen und der Gestaltung der Außenanlagen sowie schließlich bei Maßnahmen für das Personal, welche die Errichtung von Garderoben, Waschräumen und Aufenthaltsräumen betreffen. Daneben erfolgen auch die Betreuung der beauftragten Ziviltechniker sowie die Überprüfung der vorgelegten Projekte. Die Koordinierungsbesprechungen mit den befaßten Dienststellen und die Begleitung des Projektes durch alle magistratsinternen Wirtschaftlichkeits- und Projektsprechungen bis zur allfälligen Präsentation im Gemeinderatsausschuß zählen gleichfalls zu den Aufgaben der Abteilung.

Auf Grund der verschärften feuerpolizeilichen Maßnahmen wurde die Erstellung von Brandschutzplänen für sämtliche Spitäler Wiens erforderlich, die abteilungsintern weiterbearbeitet wurden, so für das Krankenhaus Floridsdorf, für das Pflegeheim St. Andrä, das Mautner-Markhof'sche Kinderspital und die Allgemeine Poliklinik. Beschriftungen von Stationen oder von Bereichen wurden entsprechend der Studie „Orientierungssystem Wiener Krankenanstalten“, Teil 1, „Wegführung innerhalb der Krankenanstalten“, durchgeführt, so im Sophien-Spital die Röntgenstation, in der Allgemeinen Poliklinik die Röntgenstation und der Eingangsbereich. Als Ergänzung zur vorerwähnten Studie wurde der 2. Teil, „Wegführung außerhalb der Krankenanstalten“, nach intensiven Arbeitsgesprächen als Rohkonzept abgeschlossen.

Planungen größeren Umfangs wurden abteilungsintern im Krankenhaus Floridsdorf (Zubau einer Familienberatungsstelle), Pflegeheim St. Andrä (Adaptierungen von Luegersaal und Speisesaal), Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs (Zubau einer Wäscherei, Adaptierung der Krankenabteilung II), im Sophien-Spital (Umbau der Röntgenstation, Planung einer Notstromanlage und eines Archives), im Mautner-Markhof'schen Kinderspital (Umbau der Zentralküche) und im Allgemeinen Krankenhaus (Umbau der Station 42 im OP-Trakt, Adaptierung der Blutbank und Zubau zur Isotopenstation) durchgeführt. Im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt und in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen wurden die Renovierungsarbeiten in den Pflegeheimen Klosterneuburg und St. Andrä sowie im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs weitergeführt. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden für das Pflegeheim fortlaufend umfangreiche, baubegleitende Koordinierungsgespräche im Zuge der Bauausführung weitergeführt. Die Fertigstellung ist für Herbst 1981 vorgesehen. Bei der Planung des Krankenhauses wurde im Anschluß an die Grundsatzplanung im März 1980 die Architekten-ARGE mit der Vorentwurfsplanung beauftragt. In direktem Kontakt und in regelmäßigen Arbeitsgesprächen wurden die Architekten von der Abteilung betreut. Die Vorentwurfsplanung konnte im Dezember 1980 abgeschlossen werden und wurde im Anschluß daran von der Abteilung in bezug auf richtigen Funktionsablauf, Einhaltung des Raumprogrammes, Kubatur und Nutzflächen überprüft. In den Krankenanstalten Lainz, Franz-Josef-Spital, Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel, Preyer'sches Kinderspital sowie in den Pflegeheimen Lainz und Liesing wurden ebenfalls Planungsarbeiten größeren Umfangs durchgeführt. Der Neubau einer Strahlenbettenstation im Krankenhaus Lainz wurde weitergeführt, die Planung für den Umbau der Ambulanz und einer Herzkathetereinheit für die 4. medizinische Abteilung, einer Angiographie im Pavillon VI, der Umbau der Urologischen und der Augenabteilung sowie die Fassadeninstandsetzung des Pavillons VIII planungsmäßig vom Entwurf bis zu den Ausführungsplänen von der Abteilung bearbeitet. Im Franz-Josef-Spital ist die Planung für Umbauten im Pavillon D und der Expektanzen 4 und 5 durchgeführt worden. Im Pflegeheim Liesing wurde die Fassade des denkmalgeschützten Schloßgebäudes in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmal-

amt nach den in der Abteilung erstellten Plänen instand gesetzt. Um eine spätere Aufstockung der Bettenanzahl im Pflegeheim Lainz durch frei werdende Räume zu ermöglichen, wurde mit der Planung eines zentralen Werkstattegebäudes begonnen. Auch im Versorgungsbereich IV wurde die planungsmäßige Betreuung von acht Spitälern und zwei Altersheimen kontinuierlich fortgesetzt. Schwerpunkte waren einige Bauvorhaben, die bereits 1980 in Betrieb genommen werden konnten. So wurde der Pavillon Vindobona im Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe nach gänzlichem Umbau und Aufzugseinbau in eine Geriatrische Abteilung umgewidmet. Trotz Anpassung an die Erfordernisse der modernen Medizin konnten die teilweise noch erhaltenen Jugendstilelemente in die Neugestaltung einbezogen werden; besonders gelungen ist dabei die stilgerechte Restaurierung der Hauskapelle. Größere Umbauarbeiten, teilweise Aufstockung und Zubauten vorhandener Pavillons im Pflegeheim Baumgarten, dem Elisabeth-Spital und dem Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe erforderten umfangreiche Planungsarbeit, intensive Koordinierungsverhandlungen mit Medizinerinnen, Verwaltung und den Fachdienststellen. Die jahrelange Betreuung der mit Bauaufnahmen, Adaptierungs- und Umbauarbeiten beauftragten Ziviltechniker wurde fortgesetzt. Besonders zu erwähnen ist vor allem die im Spitalbau auftretende intensive und arbeitsaufwendige Vorplanung. In vielen Skizzen und Vorentwurfprojekten wird gemeinsam mit den ärztlichen Leitern, der Verwaltung und den Fachabteilungen das letztlich zur Ausführung vorgesehene Projekt erarbeitet. Durch die abteilungsinterne Bearbeitung dieser Projekte werden beträchtliche Planungskosten eingespart.

Im Zusammenhang mit Nutzbauten und großen Wohnbebauungen muß auch auf die oft schwierig verlaufenden Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie auf die umfangreichen Schlußabrechnungen langfristiger Bauvorhaben hingewiesen werden. An Verträgen wären die Abschlüsse für die Errichtung von weiteren drei Bezirkshallenbädern, und zwar in 22, Kagran, in 20, Brigittenau, in 21, Großfeldsiedlung, für die Generalsanierung und den Umbau des Amalienbades im 10. Bezirk, der Neubau der Autobahnmeisterei in 22, Kaisermühlen, die Errichtung der Polizeistation Praterstern, der Ausbau der bestehenden Feuerwache Liesing zu einer Hauptfeuerwache sowie größere Umbauarbeiten im Allgemeinen Krankenhaus, wie I. Medizinische Universitäts-Klinik — Angiologie, hervorzuhelien. Dazu kommen bei Bauvorhaben größeren Umfanges und Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen die beratenden Tätigkeiten im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Referat 4, ferner Überprüfungen, Begutachtungen sowie die Mitarbeit an Vertragsverhandlungen. Darüber hinaus waren im Jahre 1980 durch das Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung — Bauwesen (GOB-I) umfangreiche, vorerst magistratsinterne Gespräche zur Erarbeitung einer Sondervereinbarung für den U-Bahn-Bau zu führen. Ein Entwurf zur „Vereinbarung zwischen Ingenieurkammer und Stadt Wien über die Vergütung von Architekten- und Bauingenieurleistungen beim U-Bahn-Bau“ konnte schließlich als Grundlage für konkrete Verhandlungen der Ingenieurkammer per Jahresende übergeben werden. An Preisprüfungen von Anboten für Magistratsdienststellen wären diverse Pensionistenheime, der Umbau und die Erweiterung des St.-Anna-Kinderspitales sowie verschiedene Modellherstellungen erwähnenswert. Schlußabrechnungen wurden unter anderem für das Ausbildungszentrum für Sozialberufe in 21, Schloßhofer Straße, das Personalwohnheim in 13, Josef-Lister-Gasse, die Sportzentren West und Hohe Warte, die Erweiterung des Strandbades Gänsehübel, die Feuerwache Landstraße, für Schule, Internat und Personalwohnheim beim Sozialmedizinischen Zentrum Ost sowie für die U-Bahn-Verkehrsbauwerke Karlsplatz und Schottentor durchgeführt.

Plan- und Schriftenkammer

Im Jahre 1980 wurden von der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek für die Anschaffung von Fachliteratur, Büchern und Zeitschriften, Normblättern, Gesetzen und anderen Vorschriften insgesamt 660.000 S aufgewendet. Allerdings konnte man trotz Kreditüberschreitung auch nur den notwendigsten Informationsbedarf der Fachdienststellen berücksichtigen; zum Teil mußten Anforderungen auf das folgende Budgetjahr zurückgestellt werden. Die erhöhten Ausgaben wurden einerseits durch das gestiegene Informationsangebot (oder -bedürfnis) — besonders durch einen ungewöhnlich hohen Bedarf an Normen, für den insgesamt 300.000 S ausgegeben worden sind —, andererseits durch Preissteigerungen verursacht. Mit MD-Erlaß vom 23. Jänner 1979 wurde der Abteilung für den eigenen Geschäftsbereich die Beschaffung von Büchern, Zeitschriften und Gesetzen usw. übertragen. Diese Maßnahme wurde im Jahre 1980 erstmalig voll wirksam. Dies führte zwar zu einem vermehrten Arbeitsaufwand, im Durchschnitt aber zu einer auf die Hälfte verkürzten Beschaffungszeit.

Der Zuwachs an Büchern betrug 192 Bände, womit sich der Gesamtbestand Ende 1980 auf 27.403 Bände oder 15.441 Werke belief. Die Anzahl der Entlehnungen betrug 2.693. In der Bibliothek der Abteilung liegen über 300 Fachzeitschriften aus diversen Wissensgebieten (Büroorganisation, Maschinenbau, Architektur, Bautechnik, Bauwesen, Umweltschutz, Energietechnik usw.) auf und werden im Abonnement oder als Tauschexemplare mit anderen Instituten und Bibliotheken bezogen. Rund 20 Abonnements konnten 1980 neu bestellt werden. Im Rahmen eines internen wöchentlichen Austausches werden die Zeitschriften an 142 Interessenten, das sind die Fachdienststellen und -referate, weitergeleitet, wo durch einen relevanten Personenkreis rasch aktuelle Information vermittelt wird. Die Fachzeitschriften können auch in der Abteilung gelesen und gegebenenfalls

entlehnt werden. Außerdem werden Profildienste in Form einer speziellen Themenauswahl geboten. Die abgelegten Zeitschriften wurden jahrgangsweise zusammengestellt, auf 16-mm-Rollfilm verfilmt und können dann mit Hilfe eines Bildschirmgerätes gelesen werden; außerdem ist es möglich, Rückvergrößerungen anzufertigen. Bundes-, Reichs-, Staats- und Landesgesetze sowie verschiedene Rechts- und Vorschriftenammlungen sind in der Abteilung als Nachschlagexemplare vorhanden und können eingesehen werden. Önormen des Bauwesens und sonstiger Sachgebiete sind, soweit sie häufiger angefordert werden, teilweise vorrätig, oder es ist möglich, diese rasch zu beschaffen. Für diese stehen Verzeichnisse bzw. Indizes zur Verfügung. Die im Laufe des Jahres 1980 eingelangten „Arbeitsergebnisse der Geschäftsgruppe Stadtplanung“ wurden ebenfalls in der Bibliothek archiviert.

Im Jahre 1980 wurden an die Abteilung als zentrale Beschaffungsstelle für die im MD-Erlaß vom 23. Juli 1979, Zl. MD-747-1-/79, genannten Spezialerfordernisse wieder zahlreiche Aufgaben herangetragen. Besonders auf dem Gebiet des Mikrofilms, der durch den vermehrten Einsatz des Computer-Output-Mikrofilms seitens der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung einen besonderen Aufschwung erfuhr, war ein ungeheurer Bedarf an geeigneten Mikrofilm-Lesegeräten festzustellen. Die Abteilung führte in diesem Zusammenhang eine umfassende Ausschreibung durch, sämtliche angebotenen Geräte wurden von Fachkräften der Abteilung getestet und letztlich fünf den künftigen Anwendern vorgeführt, damit diese die endgültige Auswahl treffen konnten. Diese Vorgangsweise bewirkte eine optimale Benutzerfreundlichkeit, damit aber auch größtmögliche Wirtschaftlichkeit. So wurden 1980 auf Rechnung der Abteilung Lesegeräte im Wert von 124.000 S, das sind rund 40 Prozent des für die Beschaffung von Inventargegenständen vorgesehenen Budgets, sowie auf Rechnung der selbst budgetierenden Dienststellen Lesegeräte im Wert von 500.000 S angeschafft. Zahlreiche Inventarwünsche mußten jedoch von Dienststellen zurückgestellt werden, da die erforderlichen Mittel auch nicht im Wege von Zusatzkrediten bereitgestellt werden konnten.

In der Reproanlage der Abteilung wurden im Jahre 1980 graphische Produkte im Gesamtwert von rund 5,8 Millionen Schilling hergestellt. Damit konnte der hohe Auftragsstand des Jahres 1979 gehalten werden, wobei in diesem Jahr eine Zunahme gegenüber 1978 um 49 Prozent zu verzeichnen war. Dieses überaus hohe Leistungsvolumen konnte durch Überstundenleistungen, straffe Zeitplanung und gezielten Personaleinsatz, jedoch ohne Aufstockung des Personalstandes, bewältigt werden.

Mitte des Jahres 1980 wurde bei der Abteilung eine neue Schnellkopieranlage in Betrieb genommen. Die Anlage ist mit einem Kopiergerät Agfa-Gevaert-X 31 mit 20-Stationen-Sorter sowie einem Gerät Rank-Xerox-9200 mit 50-Stationen-Sorter bestückt. Neben der Erstellung von Einzelkopien im Format A 4 und A 3 können nunmehr rasch und in verbesserter Qualität höhere Auflagen von Kopien hergestellt werden. Die zusätzliche Ausrüstung mit einem elektrischen Blockhefter, einem Effektbindegerät und einem Rüttler ermöglicht auch die Herstellung von Broschüren bis zum Format A 3. Durch die Inbetriebnahme der neuen Anlage konnte die Kopierleistung von durchschnittlich 88.700 Kopien pro Monat um 33 Prozent auf 132.700 Kopien gesteigert werden. Dieser Umstand trägt dazu bei, daß weniger Kopieraufträge an Privatfirmen vergeben werden müssen, wodurch ein nicht unbeträchtlicher Einsparungseffekt erzielt werden kann.

Auf dem Gebiet des Mikrofilms konnte neben der Weiterführung der Verfilmung der Plakatsammlung der MA 9 in Farbe, die auch im Fernsehen Beachtung gefunden hat, die Farbverfilmung der historischen Planbestände der MA 8 nahezu abgeschlossen werden. Durch diese Maßnahme ist es möglich, die wertvollen Originale in Planschränken unter Verschluss zu halten und den Benutzern ohne Einbuße an Informationsgehalt, wie es beim Schwarzweiß-Mikrofilm der Fall war, die Mikrofilme zur Verfügung zu stellen.

In Zusammenarbeit mit der Wiener Stadt- und Landesbibliothek wurde im Jahre 1980 mit der Aufnahme von Zeitungsbeständen auf Mikrofilm begonnen; es konnte die gesamte Auflage des „Neuen Österreich“ verfilmt werden. Kopien dieses Mikrofilms werden einerseits wissenschaftlich Interessierten zum Verkauf angeboten, andererseits an andere Bibliotheken als Tauschobjekt gegen Mikrofilme anderer Zeitungen weitergegeben.

Auf dem Gebiet der Planverfilmung wurde neben der laufenden Verfilmung der Pläne fertiggestellter U-Bahn-Bauabschnitte sowie der Archive der MA 26, MA 29 und der MA 30 auch mit der Neuverfilmung von Kabelplänen der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke begonnen. Im Offsetverfahren wurde der Druck der Stadtkarte 1 : 2.000 und des Sternlaufes routinemäßig fortgeführt. Ferner waren wieder zahlreiche Spezialaufträge von thematischen Karten der Geschäftsgruppe Stadtplanung auszuführen. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß der Farbdruck des Flächenwidmungsplanes 1 : 10.000 fertiggestellt werden konnte. Dieser Auftrag sollte ursprünglich an eine private Druckerei vergeben werden, wurde nunmehr aber in anerkannt hervorragender Qualität von der Abteilung, einschließlich aller kartographischen Zwischenprodukte, hergestellt. Dadurch wurden rund 700.000 S eingespart.

Die technische Photographie sowie die Bilddokumentation werden weiterhin von zahlreichen Dienststellen verstärkt in Anspruch genommen; auch die lückenlose Dokumentation des Baugeschehens wurde durchgeführt. Die Leistung der Abteilung in dieser Sparte fand besondere Beachtung durch ein anlässlich der Ausstellung „75 Jahre Wald-und-Wiesen-Gürtel“ hergestelltes Panorama von Wien.

Über Auftrag der MD-Verwaltungsorganisation wurde im Jahre 1979 von der Dr.-Bruno-Urmann-Unternehmensberatungsgesellschaft eine Untersuchung über das Druckereiwesen beim Magistrat durchgeführt, deren endgültiges Ergebnis im Jahre 1980 vorlag. Als organisatorische Konsequenz dieser Untersuchung wurde im Dezember 1980 vom Gemeinderat eine Änderung der Geschäftseinteilung beschlossen, wobei nunmehr das gesamte Druckereiwesen des Magistrates der Abteilung zugeordnet wurde.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Im Jahre 1980 wurde wieder eine Vielzahl von Bebauungsvorschlägen und Studien für die städtebaulichen Planungen ausgearbeitet, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen. Die aus den Bearbeitungsergebnissen gewonnenen Erkenntnisse wurden, unter Berücksichtigung von städtebaulichen Zielsetzungen, von laufenden Bauansuchen, Baubewilligungen und von den vorgeschlagenen Schutzzonen, in 59 Anträgen auf Abänderung oder Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes eingearbeitet und der beschlußfassenden Körperschaft zur Genehmigung vorgelegt. Die an die Stadtplanung gestellten Anforderungen machten eine laufende Überprüfung und Abstimmung mit neuen Erkenntnissen und Zielsetzungen in den dicht und locker bebauten Gebieten notwendig. Die Behandlung der einzelnen Probleme weist nur selten eindeutige Anfangs- und Endpunkte auf; dieselben Probleme treten immer wieder durch die fortschreitende Entwicklung verändert auf. Die Tätigkeit der Planung wird daher durch den kontinuierlichen Charakter der Planungsprozesse bestimmt.

Von den im Jahre 1980 ausgearbeiteten Entwürfen sind vor allem jene hervorzuheben, bei denen unter Berücksichtigung des Altstadterhaltungsgesetzes detaillierte Festsetzungen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erfolgt sind: Im 9. Bezirk wurde für den Bereich zwischen Porzellangasse und Währinger Straße ein Entwurf ausgearbeitet und dem Genehmigungsverfahren zugeleitet. In Abstimmung auf die bereits festgesetzte Schutzzone wurden unter Wahrung des Stadtbildes für das Zentrum Hietzing detaillierte Festsetzungen in die Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan aufgenommen. Für Teilbereiche in den Bezirken 14, 15, 17, 18 und 23 konnten ebenfalls Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt und dem Genehmigungsverfahren laut Bauordnung für Wien zugeleitet werden. Für jene Teilbereiche, die in der sogenannten „Roten Zone“ liegen, wurde mit umfangreichen Grundlagenerhebungen als Vorarbeiten für die Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes begonnen. Betroffen sind davon im 12. Bezirk der Bereich Wiental—Schönbrunner Straße—Rosasgasse, im 14. Bezirk das Viertel Linzer Straße—Hochsatzengasse, im 15. Bezirk das Gebiet Wiental—Mariahilfer Straße—Reindorfegasse, im 17. Bezirk der Bereich Parhamerplatz, im 19. Bezirk jener der Barawitzkagasse—Heiligenstädter Straße und im 20. Bezirk der Bereich Wallensteinplatz. Die Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den sogenannten „Grinzinger Plan“ wurde abgeschlossen. Für Teilgebiete in den Bezirken 4, 6, 12, 19, 21, 22 und 23 wurden gleichfalls Bearbeitungen durchgeführt, Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet und dem Genehmigungsverfahren laut Bauordnung für Wien zugeleitet. Für den 17. Bezirk, und zwar für den Bereich Heuberg, konnte die erste Stadtteilplanung ausgearbeitet werden. In einer mehrere Wochen dauernden Ausstellung hatten die Bewohner dieses Stadtteiles die Möglichkeit, sich über Planungsvorgänge zu informieren, ferner hatten sie Gelegenheit, mittels Fragebogen zu den Planungsüberlegungen Stellung zu nehmen. Unter Mitwirkung der Bevölkerung wurden mehrere Diskussionsentwürfe ausgearbeitet, sodann die entsprechenden Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt. Für einen Teilbereich des 14. Bezirkes, den Augustinerwald, wurde ebenfalls unter Mitwirkung der dort wohnenden Bevölkerung ein Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Für die alten Ortskerne Oberlaa und Unterlaa im 10. Bezirk, für den Ortskern Leopoldau im 21. Bezirk sowie für den Ortskern Inzersdorf im 23. Bezirk wurden die Vorarbeiten für die Stadtteilplanungen abgeschlossen. Um Flächen für die Wirtschaft zu sichern, wurden durch entsprechende Festsetzungen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für große Bereiche die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

In den Untersuchungsgebieten, 6, Gumpendorf, 7, Ulrichsberg, 9, Himmelfortgrund, 12, Wilhelmsdorf, 15, Storchengrund, und 17, Elterleinplatz, wurden gemäß Stadterneuerungsgesetz (StEG) Arbeiten durchgeführt.

Im Gebiet Gumpendorf wurde das Informationslokal in 6, Bürgerspitalgasse 9, eröffnet, wofür entsprechende Vorbereitungsarbeiten zu leisten waren. Für die zweite Informationsveranstaltung (Präsentationspläne) mußten „Vorschläge zur Erneuerung des Gebietes“, das heißt ein Erneuerungskonzept und ein Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, vorbereitet werden. Nach der Durchführung der zweiten Informationsveranstaltung wurden die Stellungnahmen der Bevölkerung eingearbeitet. Mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern waren ferner die Planungsvorschläge abzustimmen. Schließlich wurden als Planungsvorschläge ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskonzept, Vorschläge für Maßnahmen der öffentlichen Hand, ein Vorschlag für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie einer zur Abgrenzung eines künftigen Verordnungsgebietes gemäß § 1 (1) Stadterneuerungsgesetz fertiggestellt. Für das Gebiet 7, Ulrichsberg, waren die Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern abzustimmen. Fertiggestellt wurden die Planungsvorschläge, wie ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskon-

zept, Vorschläge für Maßnahmen der öffentlichen Hand, ein Vorschlag für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie einer zur Abgrenzung eines künftigen Verordnungsgebietes gemäß § 1 (1) Stadterneuerungsgesetz. Im Gebiet Himmelpfortgrund wurde das Informationslokal in 9, Säulengasse 20, in Betrieb genommen, die erste Informationsveranstaltung zur Information der Bevölkerung sowie die Auswertung der Stellungnahmen durchgeführt, ferner die Bestandsaufnahmen vorgenommen. Ferner waren erste Planungsvorschläge, unter anderem zur Verkehrsorganisation und zu verkehrsberuhigten Zonen, sowie ein Gebietsmodell im Maßstab 1 : 500 zu erstellen. Schließlich wurden laufend Arbeitsgespräche zur Abstimmung des Planungsprozesses geführt.

Zum Gebiet „Wilhelmsdorf“ wurde das Informationslokal in 12, Niederhofstraße 14, in Betrieb genommen. Die Untersuchungen in baulicher, infrastruktureller und sozialer Hinsicht konnten zu einem Abschluß gebracht werden. Im Rahmen einer Stadtteilplanung wurden sodann Planungsvorschläge erstellt, die ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskonzept, Vorschläge für Maßnahmen der öffentlichen Hand, die Ausweisung von Problemgebieten sowie einen Vorschlag für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan umfaßten. Die Planungsvorschläge mußten schließlich noch mit den Fachdienststellen abgestimmt werden. Für das Gebiet in 15, „Storchengrund“, war die zweite Informationsveranstaltung (Präsentationspläne) mit den „Vorschlägen zur Erneuerung des Gebietes“, einem Erneuerungskonzept und einem Entwurf zum Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan vorzubereiten. Nach der Durchführung der zweiten Informationsveranstaltung mußten die Stellungnahmen der Bevölkerung eingearbeitet, die Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern abgestimmt und Planungsvorschläge, wie ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskonzept, Vorschläge für Maßnahmen der öffentlichen Hand, ferner ein Vorschlag für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie einer zur Abgrenzung eines künftigen Verordnungsgebietes gemäß § 1 (1) Stadterneuerungsgesetz fertiggestellt werden. Schließlich war an dieser Projektsbesprechung zur Durchführung auf Grund der Planungsvorschläge teilzunehmen. Für das Gebiet „Elterleinplatz“ im 17. Bezirk wurde der Antrag der Gemeinde auf Erlassung einer Verordnung der Landesregierung gemäß § 1 Abs. 1 Stadterneuerungsgesetz erstellt.

Das von der Bezirksvorstehung des 18. Bezirkes beantragte „umfassende Assanierungskonzept“ wurde im Rahmen einer Stadtteilplanung für den südlichen Bezirksteil verfaßt. Die Planungsergebnisse konnten mit den zuständigen Fachdienststellen abgestimmt werden. Für die Abfassung eines „Handbuches für die Benutzer von Planungsgrundlagen, mit besonderer Berücksichtigung des dicht bebauten Gebietes“ wurden die Struktur und die Abgrenzung des Informationsgehaltes erarbeitet, Fragebögen an Dienststellen und Institutionen ausgesendet, der Rücklauf ausgewertet sowie eine „Rohfassung“ erstellt.

Im Rahmen der Bearbeitung von Sonderaufgaben des Bebauungsplanes wurde die Behandlung der mit dem Wohnbauprogramm der Stadt Wien verbundenen Fragen fortgesetzt. Im besonderen sind die Bereiche in 11, Schemmelstraße, und die ehemaligen SGP-Gründe, ferner in 14, Heschweg, 19, Radelmayergasse, und 21, nördliche Gerasdorfer Straße, anzuführen. In einigen Bereichen wurden die entsprechenden Bearbeitungen fortgesetzt, wie zum Beispiel in 21, Großfeldsiedlung, oder eingeleitet, wie zum Beispiel in 6, Linke Wienzeile, oder in 13, Rosenhügel. Im Bereich 19, ehemalige Gräf-&-Stift-Gründe, wurde an der beabsichtigten Abhaltung eines projektsbezogenen Wettbewerbes mitgearbeitet. Die Behandlung von Standortfragen von Schulen und Hochschulen konnte fortgesetzt werden. Neben der Ausarbeitung entsprechender Anträge, wie zum Beispiel für die Internationale Schule westlich der Wagramer Straße, wurden im Hinblick auf die mit der Universitterweiterung verbundenen Fragen wettbewerbsbezogene Vorarbeiten eingeleitet, in denen die von der Abteilung erarbeiteten Nutzungsvorschläge berücksichtigt werden. Widmungsfragen, die unter Berücksichtigung zentraler Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung sind, wie zum Beispiel das Schwerpunktkrankenhaus Ost, wurden antragsmsig bearbeitet. Die Vorarbeiten, die für die beabsichtigte Bearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes des 1. Bezirkes magistratsintern erforderlich sind, wurden fortgesetzt. Die Abteilung ist im Arbeitskreis Stadtentwicklungsplanung — Siedlungsstruktur eingeschaltet und mit entsprechenden Ausarbeitungen befaßt. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit im Arbeitskreis „Wohnbauplanung“ sowie im „Praterbeirat“. Für die Verwaltungsakademie waren zu Dienstprüfungen einschlägige Skripten zu verfassen.

Für die Freigabe eines 180 m breiten, an die Lassallestraße grenzenden Teilgebietes des Nordbahnhofgelndes durch die Österreichischen Bundesbahnen sind die Voraussetzungen für eine hochwertige stdttebauliche Nutzung geschaffen worden. Da dieses Teilgebiet an der stdttebaulichen Hauptachse Innere Stadt—Praterstern—Lassallestraße—UNO-City liegt und durch die U 1 erschlossen wird, war es selbstverständlich, daß nur mit einem stdttebaulichen Ideenwettbewerb Lösungen für eine bestmögliche Bebauung erzielt werden können. In der Beurteilungssitzung vom 24. bis 28. März 1980 prämierte das Preisgericht nach drei Beurteilungsgrundgngen fünf Wettbewerbsprojekte und richtete an den Auslober eine Reihe von Empfehlungen für die künftige Entwicklung des Wettbewerbsgebietes. Das mit dem 1. Preis ausgezeichnete Projekt, aber auch die anderen prämierten und angekauften Projekte enthalten wertvolle Ideen für die Ausarbeitung eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Die Wettbewerbsprojekte wurden in einer Pressekonferenz am 28. März 1980

vorgestellt, von Mitgliedern des Preisgerichtes interpretiert sowie in der Folge in den Ausstellungsräumen der Geschäftsgruppe Stadtplanung im Messepalast vom 16. April bis 1. Juni 1980 öffentlich ausgestellt.

Der zweistufige städtebauliche Ideenwettbewerb für die Nutzung und Gestaltung eines Teilbereiches des Wienerberg-Geländes im 10. Bezirk wurde am 18. September 1980 erfolgreich abgeschlossen. Zur Teilnahme an der 2. Wettbewerbsstufe waren die Verfasser jener zehn Projekte eingeladen, die in der 1. Wettbewerbsstufe vom Preisgericht mit einem Anerkennungspreis ausgezeichnet und zur Weiterbearbeitung empfohlen worden waren. Das Preisgericht beurteilte die Wettbewerbsarbeiten in seiner Sitzung vom 15. bis 18. September 1980 in insgesamt sechs Beurteilungsrundgängen, wobei jeder Wettbewerbsteilnehmer Gelegenheit hatte, während des dritten Rundganges sein Projekt mündlich dem Preisgericht zu erläutern. Das Preisgericht schloß seine Arbeit mit der Zuerkennung der ausgelobten Preise ab und formulierte auf Grund der während der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse eine Reihe von Empfehlungen an den Auslober. Damit sind von seiten der Stadtplanung alle erforderlichen Voraussetzungen für die Erstellung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes getroffen worden, die ein im Besitz der Stadt Wien befindliches Teilgebiet am südlichen Stadtrand betreffen, dessen Flächenausmaß ungefähr dem des 1. Bezirkes entspricht. Die Wettbewerbsprojekte wurden in einer Pressekonferenz am 19. September 1980 der Öffentlichkeit vorgestellt und von Mitgliedern des Preisgerichtes interpretiert. Die öffentliche Ausstellung der Wettbewerbsprojekte erfolgte am 25. September bis 31. Dezember 1980 in den Ausstellungsräumen der Geschäftsgruppe Stadtplanung im Messepalast, Halle P 2.

Das Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses im 9. Bezirk soll nach Verlegung der Räumlichkeiten und Anlagen in das neu errichtete Allgemeine Krankenhaus zum größten Stadterneuerungsgebiet Wiens werden. Um die bestmögliche Nutzung der frei werdenden und bestehenden Objekte realisieren zu können, soll, unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen und bereichsspezifischen Gegebenheiten sowie der Entwicklung der angrenzenden dicht bebauten erneuerungsbedürftigen Gebiete, unter Einbeziehung der Bundesinteressen von der Stadt Wien und der Republik Österreich (vertreten durch das Bundesministerium für Bauten und Technik), gemeinsam ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mit internationaler Beteiligung ausgeschrieben werden. Mit den Vorarbeiten zu diesem Wettbewerb wurde im Sommer 1980 begonnen.

Eine Reihe baulicher Maßnahmen, die in den letzten Jahren entlang der Wagramer Straße vom Donauufer bis zum Ortskern realisiert worden sind bzw. in naher Zukunft fertiggestellt sein werden, wie der Ausbau der U-Bahn-Linie U 1 und der Bau des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien in der UNO-City, führt zu einer Intensivierung der Standortqualität für urbane Nutzungen. Die Summe dieser positiven Faktoren läßt eine verstärkte bauliche Entwicklung erwarten, die Stadtstruktur und Stadtbild beeinflussen werden. Um zusätzliche Entscheidungshilfen für eine langfristige, positive Steuerung der künftigen Entwicklung zu erhalten, ist beabsichtigt, einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für einen Teilbereich des 22. Bezirkes im Bereich Wagramer Straße, vom Donauufer bis zum Ortskern Kagran, auszuschreiben. Die Vorarbeiten hiezu wurden von der Abteilung im Dezember 1980 eingeleitet.

Von den 59 Anträgen, die im Jahre 1980 an den Gemeinderat oder an die örtlich zuständige Bezirksvertretung seitens der Abteilung gestellt wurden, betrafen: 41 die Abänderung bzw. Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, bei 3 Anträgen wurde auch eine Schutzzone gemäß § 7 (1) der Bauordnung für Wien festgesetzt, 15 Anträge hatten die Verhängung der zeitlich begrenzten Bausperre bzw. deren zeitgerechte Verlängerung zum Inhalt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Bürgerdienst verfügten Neubennungen oder Umbennungen von Verkehrsflächen wurden 58 Ansuchen behandelt, von denen 28 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung wurden in sieben Sitzungen 37 Entwürfe vorgelegt, die entweder Abänderungen oder Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes oder die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre zum Ziele hatten.

Der Abteilung wurden ferner 3.343 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von den Magistratsabteilungen 36 und 37 zur Behandlung zugeleitet. 748 Ansuchen und Anfragen von Privaten und von Dienststellen, die den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betrafen, wurden untersucht und behandelt.

Auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes waren 12.823 Ansuchen von Hauseigentümern und Mietern zu bearbeiten und an die MA 50 weiterzuleiten. Schließlich nahmen Vertreter der Abteilung an 322 Bauverhandlungen als Amtssachverständige teil.

Nach der im Oktober 1979 erfolgten Übernahme der von der MD-ADV aufgebauten Adreßdatei durch die Abteilung wurden im Jahre 1980 die Verbesserung und Fortführung der Adreßdatei im Hinblick auf die Großzählung 1981 durchgeführt. Dabei konnten eine Abgleichung der Adressen der Wählererevidenz mit jenen des „Räumlichen Bezugssystems“ sowie die Fortführung der Adreßdatei vom Stand 1972 auf den Stand 1980 abgeschlossen werden. Das „Räumliche Bezugssystem Wien“ (RBW) ist die Unterteilung des Stadtgebietes in statistische Einheiten, wie Straßenabschnitte, Baublöcke, Zählgebiete und Zählbezirke. Auf Einzeladressen bezogene Daten aus Großzählungen oder dem Verwaltungsvollzug können damit in aggregierter Form zu Entscheidungshilfen herangezogen werden. Den magistratischen Bezirksämtern wurden bezirksweise Ausdrucke der Adreßda-

tei zur Vorbereitung der Großzählung 1981 übergeben, die daraus resultierenden 34.200 Rückmeldungen bis Jahresende 1980 in die Adreßdatei eingearbeitet. Zu diesem Zweck wurde mit Unterstützung der Magistratsdirektion (MD-VR, MD-VO) ein Sondereinsatz in der Abteilung mit zusätzlichem Personal und Bildschirmgeräten in dafür zur Verfügung gestellten Räumen organisiert.

Das Räumliche Bezugssystem gliedert sich in eine Adreß- und eine Koordinatendatei. Die Korrektur und Fortführung der Adreßdatei erfolgten mit Bildschirmgeräten in der Abteilung, die Fortführung der Koordinatendatei wurde mit Hilfe eines durch die MA 41 ausgearbeiteten Bildfluges und der Beauftragung von Zivilingenieuren durchgeführt. Die Korrekturdaten wurden dabei durch die MD-ADV verarbeitet, wobei unter Zuhilfenahme der graphischen Datenverarbeitung ein blockweises Kartenwerk 1 : 2.000 hergestellt wurde, das der Abteilung nun für die weitere Fortführung des Räumlichen Bezugssystem dient.

Baubehörde

(Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten und Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei)

Im Jahre 1980 ist eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen in Kraft getreten, von denen die Baubehörde einen Teil selbst handzuhaben hat. Zum anderen ist es notwendig, daß die Vertreter der Baubehörde bei der Ausübung ihrer Tätigkeit davon in Kenntnis sind.

Bundesgesetzliche Bestimmungen:

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 2. Jänner 1980 über energiesparende Maßnahmen bei der Verbesserung von Baulichkeiten, BGBl. Nr. 31/1980.

Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 21. März 1980 betreffend die energiewirtschaftliche Zweckmäßigkeit und das Ausmaß des Wärmeschutzes, BGBl. Nr. 135/1980.

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie, BGBl. Nr. 351/1980.

Bundesgesetz vom 22. Oktober 1980, mit dem das Vermessungsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 480/1980.

Bundesgesetz vom 27. November 1980 über die Umstellung des Grundbuches auf automationsunterstützte Datenverarbeitung und die Änderung des Grundbuchgesetzes und des Gerichtskommissionärgesetzes (Grundbuchsumstellungsgesetz — GUG), BGBl. Nr. 550/1980.

Bundesgesetz vom 27. November 1980 über die Begrenzung der Emissionen von Dampfkesselanlagen (Dampfkessel-Emissionsgesetz — DKEG), BGBl. Nr. 559/1980.

Bundesgesetz vom 27. November 1980, mit dem das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geändert wird, BGBl. Nr. 560/1980.

Bundesgesetz vom 26. November 1980, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Gewerbesteuerengesetz 1953, das Vermögensteuergesetz 1954, das Strukturverbesserungsgesetz, das Gebührengesetz 1957 und das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert werden (Abgabenänderungsgesetz 1980), BGBl. Nr. 563/1980.

Landesgesetzliche Bestimmungen:

Kundmachung des Landeshauptmannes vom 24. März 1980, betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie, LGBl. für Wien Nr. 15/1980.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 29. Juli 1980, mit der in Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter und die normale Ausstattung der geförderterten Baulichkeiten neu festgelegt werden, LGBl. für Wien Nr. 31/1980.

Gesetz vom 25. Juni 1980, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966 geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 32/1980.

Gesetz vom 25. Juni 1980, mit dem das Wiener Kinogesetz 1955 geändert wird (Kinogesetznovelle 1980), LGBl. für Wien Nr. 33/1980.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 6. Mai 1980, betreffend die Freihaltung des Stadtbildes von störenden Werbeständen; Zl. MA 7-1629/80.

Um eine einheitliche Vorgangsweise bei der Beurteilung baubehördlicher Problemstellungen zu gewährleisten, wurden von der Magistratsdirektion und der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion **Weisungen und Richtlinien** erlassen, die bei der Ausübung der Tätigkeit von den Beamten zu beachten sind:

Richtlinie vom 17. Oktober 1980, MD-1223-4/80, betreffend die Beurteilung von Sicherheitsstandards in Berberbergungsstätten.

Weisung vom 11. September 1980, MA 37-Allg. 360/80 bzw. MD BD-588/79, betreffend behindertengerechtes Bauen; Handläufe in Stiegenhäusern.

Weisung vom 1. Dezember 1980, MA 37-Allg. 303/80 bzw. MD BD-640/79, betreffend baubehördliche Bewilligung sonnenteknischer Anlagen.

Weisung vom 12. Mai 1980, MA 37-Allg. 162/80 bzw. MD BD-857/79, betreffend die Erteilung von Bauaufträgen gegenüber städtischen Dienststellen.

Weisung vom 22. September 1980, MD-150-1/80 über die Änderung des Verfahrens, betreffend die baubehördliche Bewilligung von Abgasstutzen für Außenwandgasöfen und Fensteröffnungen gemäß § 60 Absatz 1 der Bauordnung für Wien.

Auf Grund des Abschlusses der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Einsparung von Energie fand der Inhalt derselben nunmehr in der Kundmachung des Landeshauptmannes vom 24. März 1980, LGBl. Nr. 15/1980, seinen Niederschlag. Im Sinne des Art. 21 zur Durchführung der Vereinbarung fanden im Rahmen der MA 64 unter Teilnahme der MA 35 Besprechungen für eine Abänderung der Bauordnung für Wien statt, die noch nicht abgeschlossen sind. Die hier angeführten Mindestanforderungen an Bauteile finden auch in der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 29. Juli 1980, LGBl. Nr. 31/1980, in Erhöhung der anrechenbaren Gesamtbaukosten je Quadratmeter für geförderte Baulichkeiten ihre Berücksichtigung.

Im Rahmen der Kinogesetznovelle 1980 wurde die bundesgesetzlich geregelte Beschränkung des Filmmaterials auf Verwendung von Sicherheitsfilmen nunmehr in die landesgesetzliche Regelung aufgenommen. Im Sinne der neu konzipierten Kinoanlagen und einer wirtschaftlichen Betriebsführung, ohne Vernachlässigung der Sicherheitsanforderungen, wurde hinsichtlich der Anwesenheit des Filmvorführers eine neue Regelung festgelegt. Auf Grund dieser neuen Bestimmungen ist bei Verwendung von automatischen Vorführanlagen die Vorführung von Sicherheitsfilmen wohl zu überwachen, die ständige Anwesenheit im Bildwerferraum jedoch nicht mehr erforderlich. Ausgenommen von den Bestimmungen des Wiener Kinogesetzes ist nunmehr auch die Vorführung von Filmen und Stehbildern, wenn auf Antrag gemäß § 21 des Wiener Veranstaltungsstättengesetzes die Eignung der Veranstaltungsstätte auch für Vorführungen von Filmen und Stehbildern festgestellt wurde. Diese Vorführungen müssen allerdings eine szenisch untergeordnete Bedeutung haben. Im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und zum Zwecke der Wiederbelebung der Kinoszene wurden große Kinos zu sogenannten „Kinocenters“ mit mehreren Kinos umgebaut. Dies ist bisher bei sechs derartigen Anlagen geschehen.

Die Vorarbeiten für die Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes konnten zum Abschluß gebracht werden, so daß im kommenden Jahr mit der Neubemessung der Gebrauchsabgaben zu rechnen ist. Sowohl die Arbeiten hinsichtlich der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich als auch die Vorarbeiten für die Automatisierung der gesamten Tätigkeit der betreffenden Behandlung der Gebrauchserlaubnisse sind so weit fortgeschritten, daß die Datenverarbeitungsanlage bereits zur Aufstellung gelangt ist und derzeit ein Probetrieb durchgeführt werden kann. Zum vollen Einsatz wird diese Anlage für beide Tätigkeiten, nämlich für die Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich sowie für die Neubemessung der Gebrauchsabgaben, im Jahre 1981 kommen.

Infolge der Volksabstimmung wurde im Mai hinsichtlich der Aufstellung von Plakatständern für politische Werbung zu Wahlzeiten eine Verordnung der Stadt Wien erlassen. Die Anträge um Erteilung einer Bewilligung für Zeitungsdepotkasten und Zeitungsverkaufseinrichtungen (Automaten) sind derzeit noch in Bearbeitung.

Das behördliche Verfahren für den Umbau des Volkstheaters wurde abgeschlossen und mit dem Umbau begonnen. Auch die Wiener Kammeroper wird nach einer Sperre wegen Baugebrechens wieder instand gesetzt.

An Theatern wurde die Kleinbühne „Kulisse“ neu geschaffen, im 17. Bezirk ein bestehendes Lokal in die neue Veranstaltungsstätte „Metropol“ umgestaltet. Die Überprüfung von Kleintheatern, Ballveranstaltungsstätten, Tanzlokalen, Varietés und Sportanlagen wurde intensiviert; rund 500 Revisionen mußten vorgenommen werden.

Von der Überbauung des Franz-Josef-Bahnhofs wurde der erste Teil seiner Bestimmung übergeben und der Bereich der Bürogebäude für die Creditanstalt-Bankverein samt zugehöriger Garage im Verlaufe des Jahres 1980 abschnittsweise besiedelt. Die Bauarbeiten im Bereich des Universitätszentrums Althanstraße (Wirtschaftsuniversität und Zoologie) sind zügig weitergeführt worden. Vorbereitungen für eine Erweiterung der Überbauung in nördlicher Richtung wurden durch Beginn der Bauarbeiten an der sogenannten Basisplatte (Decke über Bahngelände) getroffen. Die geplante Überbauung dieses Bereiches durch ein Bundesamtsgebäude ist im Besprechungsstadium.

Unter den weiteren Großbauvorhaben sind der Beginn der Bauarbeiten an der städtischen Wohnhausanlage in 21, Marco-Polo-Platz, sowie die Errichtung der Müllentsorgungsanlage am Rautenweg im 22. Bezirk zu erwähnen. Die Verfahren für den dritten Baublock der Wohnhausanlage in 23, Wohnpark Alt Erlaa, wurden abgeschlossen, mit den Vorbesprechungen für das Sozialmedizinische Zentrum Ost im 22. Bezirk konnte begonnen werden.

Im Jahre 1980 wurden die Teilabschnitte der U-Bahn bzw. Stadtbahn, und zwar U 1 — Stephansplatz bis Nestroyplatz, U 2 — Karlsplatz bis Schottenring und U 4 — Karlsplatz bis Meidling, in Betrieb genommen. Die Station Thaliastraße der Stadtbahn konnte ihrer Bestimmung übergeben werden. An neuen Baustellen wurden bei der U 2 die Rampenschließung beim Landesgericht und der Sezession sowie der Notausstieg Karlsplatz begonnen. Im Bereich der U 4 wurden diverse Stationsumbauten begonnen bzw. fortgesetzt.

Das auf Grund des Brandes im Hotel Augarten erarbeitete sogenannte „Maßnahmenpaket“, das als Richtlinie für die Beurteilung des Sicherheitsstandes von Beherbergungsstätten gedacht war, wurde durch Weisung MD-1223-4/80 vom 17. Oktober 1980 verbindlich erklärt. Außerdem wurde eine Hotelkommission zur Überprüfung der Beherbergungsstätten geschaffen.

Die Anzahl der Baugenehmigungen für Aufzüge und Ölfeuerungsanlagen ist nach dem Rückgang im Jahre 1979 ungefähr gleichgeblieben. Die Zahl der angebotenen Konstruktionen, die zur Verbesserung des Wärme- und Schallschutzes verwendet werden können, hat sich erhöht. Dadurch ergab sich insbesondere die Notwendigkeit, die Anforderungen eines ausreichenden Brandschutzes mit denen der Wärme- und Schallschutzkonstruktionen aufeinander abzustimmen, was im Hinblick auf die technologisch schwierige Materie zu einer bedeutenden Mehrarbeit auf dem Sektor der Zulassung von Baustoffen führte.

An Fachproblemen wären, neben den bereits aufgezeigten, zwei Themenkreise, und zwar Sicherheitsprobleme bei offenen Kaminen sowie Probleme im Zusammenhang mit Rauch- und Abgassammlern, zu erwähnen, da die Ergebnisse der Beratungen auch weitgehende Konsequenzen für die Zukunft hervorrufen könnten.

Die Überprüfungen der brandschutztechnischen Sicherheitsbestimmungen in Hochhäusern wurden auch im Jahre 1980 fortgesetzt. Weiters wurden auch die Verkaufsstätten (Supermärkte, Warenhäuser, Selbstbedienungsläden u. dgl.) wieder vierteljährlich Überprüfungen unterzogen und die entsprechenden behördlichen Veranlassungen bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften getroffen. Mit 1. Jänner 1981 wird die Geschäftseinteilung so geändert, daß für Bauangelegenheiten nur noch die MA 37 mit dem Titel „Baupolizei“, für die genannten Überprüfungen die MA 36 mit ihrem Titel „Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei“ zuständig sein wird.

Die Zahl der Baustellenüberprüfungen gemäß § 127 der Bauordnung für Wien ist ungefähr gleichgeblieben. Auf Grund der Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien im Jahre 1979 wurde mit Erlaß der Stadtbauverwaltung, Zl. MD BD-310/78, vom 29. April 1980, angeordnet, daß auch bei städtischen Bauten alle Beschaun von der MA 35 durchzuführen sind. Dies war erforderlich, um die Gewaltentrennung zwischen baudurchführender und kontrollierender Abteilung herzustellen.

Das Referat zur Bekämpfung des wilden Bauens setzte seine Überwachungstätigkeit in den betreffenden Gebieten der Außenstellen fort und hielt die in jahrelanger Arbeit ermittelten Aufnahmen über die Baubestände in den wilden Siedlungen evident. Die Überwachungstätigkeit wurde wie bisher auch an Sonntagen vorgenommen.

Das Gehsteigerferat hatte 1.294 Aufträge und Mahnungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige erteilt.

Die Entwicklungsarbeiten an der im Einsatz befindlichen Textverarbeitung wurden fortgesetzt. Durch die Anwendung des sogenannten Dialogverfahrens konnten entscheidende Fortschritte in bezug auf Arbeiterleichterung, bessere wirtschaftliche Ausnützung und Leistungsfähigkeit des Gerätes erzielt werden. Mit der Einführung der Textverarbeitung wurde der Aktenlauf stark verkürzt, da ein Bescheid innerhalb einer Stunde geschrieben und die Baubewilligung rascher erteilt werden kann, was eine Serviceleistung für die Bevölkerung darstellt.

Die umfangreiche Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen des Normungsinstituts, von Fachverbänden und Bundesländerausschüssen wurde durch Gründung neuer Ausschüsse sowie durch die Notwendigkeit des Besuches von Fachvorträgen und Seminaren noch intensiviert.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im mechanischen Laboratorium wurde in Zusammenarbeit mit der MA 28 die Prüfung von bituminösen Straßenbaustoffen vorgenommen. Nach den üblichen Anlaufschwierigkeiten, die eine neue Materie mit sich bringt, sind die Prüfungen durch Einarbeitung und Adaption der Prüfgeräte zur Routine geworden, so daß 1980 rund 40 Prüfanträge auf diesem Gebiet erarbeitet werden konnten. Weitergeführt wurden die Versuche mit Außenwanddämmsystemen, den sogenannten Vollwärmeschutzsystemen, mit dem Ziel, Prüfparameter zu ermitteln, die der Zulassungsbehörde eine objektive Beurteilung der zahlreichen, am Markt befindlichen Systeme erlaubt. So wurden beispielsweise Großversuche an 2 m × 2 m großen Proben durchgeführt, um den Einfluß und die Wirkung verschiedener mechanischer Befestigungen der Dämmschichte zu ermitteln.

Angeschafft wurde ein großer Klimaschrank, der für Temperaturwechselzyklen programmiert werden kann. Damit können Frost-Tau-Wechsel und Frost-Tausalz-Beständigkeitsprüfungen wesentlich rascher durchgeführt werden. Die Probenmanipulation wird auf ein Minimum reduziert, die Automatik überbrückt auch die arbeitsfreie Zeit. Da im Jahre 1980 die Einnahmen aus Prüfungsgebühren die vorgesehene Höhe überschritten haben, konnte eine Prüfpresse angeschafft werden. Dieses Gerät soll die bisher vorhandene Lücke zwischen der 200-kN- und der 1.600-kN-Prüfpresse schließen, so daß vor allem kleinere Proben aus hochfesten Betonen mit der nötigen Präzision geprüft werden können.

Im chemischen Laboratorium lag das Schwergewicht der chemischen Werkstoffprüfung auf dem Anstrichsektor, wobei sowohl neue Analysemethoden als auch neue technologische Prüfmethoden angewendet wurden. Einen größeren Raum nahm auch die im Jahre 1979 eingeführte Röntgenfluoreszenzanalyse ein, mit der Baustoffe und Bindemittel (Zement, Beton), aber auch Metalle untersucht wurden. Die Immissionsmessungen im Rahmen des Meßnetzes wurden fortgeführt, und zwar an elf Meßstellen sowie an besonderen Schwerpunkten, wie in den Assanierungsgebieten Himmelfortgrund und Wilhelmsdorf. An dem Projekt „Filterversuche am Trinkwasserbrunnen Nußdorf“ wurde ebenso weitergearbeitet wie an den Klärschlammanalysen für die Entsorgungsbetriebe Simmering.

Im physikalischen Laboratorium wurde Ende 1980 eine Meßeinrichtung für bauphysikalische Schallmessungen geliefert. Dieses von der Firma NORTRONIC hergestellte Gerät erlaubt es, Trittschall- und Luftschallmessungen durchzuführen. Der Vorteil gegenüber anderen Systemen liegt hauptsächlich darin, daß die Meßdaten bereits auf der Meßstelle, meist auf der Baustelle, ausgewertet vorliegen und die bisher nötige Aufarbeitung in der Prüfanstalt entfallen kann. Dies bringt fallweise den Vorteil, daß der Erfolg etwaiger Verbesserungen oder Änderungen sofort beurteilt werden kann. Ferner ist es durch das Gerät möglich, Außenbauteile (Fenster, Außentüren, Außenwände) unter der Belastung durch den Verkehrslärm auf ihre Luftschalldämmung hin zu untersuchen.

Auf dem Sektor Lärmmessungen wurden Pegelmessungen im Bereich der Südost-Tangente durchgeführt, die die Grundlagen für die Einreichung der Lärmschutzprojekte bei der Bundesstraßenverwaltung bilden. Zahlreiche Lärmbelästigungen, hervorgerufen von Vergnügungsbetrieben, wie zum Beispiel Diskotheken, wurden auch wieder bearbeitet. Für die Messung von Wärmeleitzahlen bzw. Wärmedurchlaufwiderständen von plattenförmigen Bauteilen konnte ein neues Meßsystem in Betrieb genommen werden. Diese Einheit versorgt vier Prüfstände mit Strom, fragt automatisch die Meßwerte ab und druckt sie aus. Somit können Prüflinge bis zur Größe 50 cm × 50 cm und 12,5 cm Dicke untersucht werden.

Im biologischen Laboratorium wurden verschiedene Projekte weitergeführt. So umfaßt das UNESCO-MAB-Projekt 399 eine limnologische Untersuchung an den Gewässern im Naturschutzgebiet Untere Lobau im Auftrag der MA 22, ferner Untersuchungen im Auftrag der MA 45 über die limnologische Entwicklung des Entlastungsgerinnes (Neue Donau) im Rahmen der Mitgliedschaft der Stadt Wien in der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Donauforschung (IAD). Ein weiteres Projekt stellen die Untersuchungen über den Einfluß der Kühlwassereinleitung des E-Werkes Simmering auf das Donaukanalwasser dar. An verschiedenen Baustoffen, Lacken, Farben und Anstrichen wurden schließlich Untersuchungen über die fungizide Ausstattung durchgeführt.

Mit 1. Jänner 1980 ist die Einrichtung einer Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für biologischen Landbau datiert, die in den Räumen des biologischen Labors untergebracht ist. Da die Versuchs- und Forschungsanstalt bereits vor Einrichtung dieser Forschungsstelle Untersuchungen über den biologischen Landbau im Rahmen eines von der Jubiläumsstiftung der Oesterreichischen Nationalbank geförderten Forschungsprojektes durchführte, konnten die Tätigkeiten ohne Verzögerung aufgenommen werden. Der Forschungsstelle stehen als Mitarbeiter je ein Biologe, ein diplomierter Landwirt, ein Landwirt und ein Facharbeiter sowie vier Dissertanten zur Verfügung. Die Forschungsstelle kann im Mühlviertel einen Landwirtschaftsbetrieb als Versuchsbauernhof verwenden.

Im Rahmen der Forschungsstelle wurden Vergleichsuntersuchungen bei Betrieben mit verschiedenen Bewirtschaftungsweisen in Kärnten, im Mühlviertel und im Marchfeld — gefördert vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank — vorgenommen, weiters Betriebserhebungen bei biologisch wirtschaftenden Betrieben in Österreich durchgeführt. 50 derart wirtschaftende Betriebe wurden ausgewählt, deren betriebswirtschaftliche Situation erfaßt werden soll. Ferner wurden in Zusammenarbeit mit den Verbänden biologisch wirtschaftender Bauern (Demeterbund, Verein für gesundes Bauerntum, Verband organisch-biologischer Bauern Österreichs) und dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz allgemeingültige Richtlinien für den biologischen Landbau in Österreich aufgestellt. Bei verschiedenen biologischen Bewirtschaftungsweisen am Versuchsbauernhof im Mühlviertel waren schließlich Vergleichsuntersuchungen durchzuführen.

An der Forschungsstelle werden derzeit fünf Dissertationen von Studenten des Instituts für Zoologie und des Instituts für Pflanzenphysiologie durchgeführt, welche die Artenzusammensetzung und Populationsdichte von Collembolen und Carabiden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, den Einfluß von Unkräutern auf Kulturpflanzen sowie die Auswirkung des Futters auf den Stoffwechsel und die Fruchtbarkeit von Tieren behandeln.

Im Zuge der Fertigstellung des dritten Bauteiles der Versuchs- und Forschungsanstalt wird die Forschungsstelle 1981 in neue Räumlichkeiten übersiedeln können.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bewilligte die Anschaffung eines Meßwerterfassungssystems, das im letzten Drittel des Jahres 1980 geliefert und in Betrieb genommen wurde. Dieses System bildet den Grundstein für eine weitgehende Datenerfassung und Verarbeitung im Rahmen des Umweltschutzes (Luft, Wasser, Lärm) und der Materialprüfungen. Es ist insbesondere in der Lage, neben übrigen Arbeiten an der

Anlage Signale direkt von Meßgeräten zu übernehmen und auszuwerten. Ermöglicht wird diese Parallelführung von Aufgaben durch die Multi-User- und Time-Sharing-Einrichtung. Der Hersteller des Gerätes ist die Firma Digital; es handelt sich dabei um den Gerätetyp pdp 11/34 A. Es besteht aus der Zentraleinheit mit 64-k-Worten (zu je 16 bit)-Arbeitsspeicher, zwei Plattenstationen (Speicherkapazität je Station 2½ Megaworte), aus einem Matrixdrucker, einem Bildschirm, einem Plotter und einem (externen) Terminal, der derzeit im chemischen Laboratorium stationiert ist. Erste Erfolge konnten mit diesem System beim Auswerten und graphischen Darstellungen von Schallmessungen erzielt werden; auch für das biologische Laboratorium wurden für den Untersuchungsbericht „Neue Donau 1980“ verschiedene Parameter in Diagrammen dargestellt.

Gemeinsam waren Angehörige des mechanischen und des physikalischen Laboratoriums eingesetzt, um die MA 24 bei ihren Bauvorhaben hinsichtlich der Bauphysik zu beraten. So wurden bei rund 50 Objekten die Baupläne auf Schwachstellen in der Wärmedämmung durchgesehen oder die vorgesehenen Maßnahmen rechnerisch überprüft und Vorschläge für Änderungen unterbreitet. Bedienstete dieser beiden Unterabteilungen haben außerdem zwei umfangreiche Veröffentlichungen herausgebracht, und zwar je ein Skriptum über Wärmeschutz und Schallschutz, wobei die Kanzlei der Abteilung für die vervielfältigungsreife Ausfertigung sorgte. Diese Arbeiten wurden im Zuge einer Seminarreihe der Verwaltungsakademie durchgeführt. Am 23. September 1980 konnte in der Versuchsanstalt — ausschließlich von Bediensteten der Abteilung — das erste Halbtagsseminar über Wärmeschutz abgehalten werden, das seither jede Woche stattfindet. Einen Monat später wurde mit der Vortragsreihe über den Schallschutz begonnen, so daß an zwei Vormittagen in der Woche in der Prüfanstalt ein Seminarbetrieb abgehalten wird. An diesen beiden Veranstaltungen werden insgesamt jeweils rund 1.500 Bedienstete teilnehmen. Auf Grund des überaus positiven Echos ist geplant, diese Vortragsreihen fortzusetzen.

Am Bauteil 4 des Institutsgebäudes wurde 1980 der Rohbau fertiggestellt, konnten die Fassaden geschlossen, mit einem Außenwanddämmsystem versehen und geputzt werden. Die zweite Jahreshälfte war bereits dem Innenausbau gewidmet, der auch planmäßig weitergeführt wurde. Vor allem für den Innenausbau mußten zahlreiche Unterlagen erarbeitet werden, um eine möglichst zweckmäßige Einrichtung der Räume sicherzustellen.

Im Jahre 1980 wurden insgesamt 11.729 Prüfanträge behandelt (1979: 11.472); die Einnahmen aus Prüfkosten konnten um 9 Prozent auf 22.370.235 Schilling gesteigert werden.

Stadtvermessung

Durch die Zusammenziehung von gleichartigen Arbeitsfällen, wie Veränderungsanzeigen bei Festpunkten des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, Bestellung von Duplikatplänen und ähnlichem, konnte der reine Verwaltungsaufwand wesentlich reduziert werden, was sich in der Verringerung der Zahl von angefallenen Dienststücken und der dafür zugeteilten Aktenzahlen auf 5.384 Fälle ausdrückt. 4.043 Geschäftsfälle konnten 1980 abgeschlossen werden. In diesen Zahlen kommen allerdings die umfangreichen Leistungen der Stadtvermessung auf den Großbaustellen, die permanente Arbeit an den Stadtkartenwerken sowie die Tätigkeit im Archiv nicht zum Ausdruck.

In der Gesetzgebung haben die Umstellung der Katasteroperat des Bundesvermessungsdienstes sowie die Speicherung aller Grundstücksdaten im Bundesrechenzentrum in der Novelle zum Vermessungsgesetz vom 1. Dezember 1980 ihren Niederschlag gefunden. Eine ausführliche Besprechung der Novellierung wurde über Wunsch des Österreichischen Städtebundes der Redaktion der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“ zur Verfügung gestellt und wird in Kürze erscheinen. Eine Neuerung bringt die Umstellung aller bisher in den verschiedenen Vermessungsämtern und Grundbüchern im Einzugsgebiet der Wiener Wasserleitungen durchgeführten Erhebungsarbeiten durch die Möglichkeit des zentralen Ausdrucks der Grundstücksdaten zunächst im Vermessungsamt Wien. Die Stadtvermessung ist bemüht, wegen der arbeitstechnischen Vorteile, die daraus entstehen, und vor allem wegen der Möglichkeit, auch Grenzpunktkoordinaten und Fixpunktweite via Bildschirm zu bekommen, zunächst zusammen mit der Zentralen Liegenschaftsevidenz (ZLE) die Installierung einer Datenendstation im eigenen Haus in die Wege zu leiten. Vom Gesetzgeber ist diese Möglichkeit vorgesehen. Die dafür notwendige Postleitung ist durch die Verbindung des Rechen-Terminals der Abteilung mit der Magistratsdirektion-Automatischen Datenverarbeitung (MD-ADV) bereits gegeben. In der Rechentechnik wurden ebenso Vorbereitungen getroffen, um die Umstellung auf billige, aber leistungsfähige Kleincomputer mit Bildschirmanzeige, Schnelldrucker sowie Such- und Speicherzugriff zur zentralen Rechenanlage der MD-ADV zu garantieren. In Zusammenarbeit mit der Automatischen Datenverarbeitung — Graphische Datenverarbeitung wurden auch die ersten Schritte getan, um die Einführung eines zentralen Leitungskatasters zu ermöglichen.

Die allgemeine fachliche Tätigkeit der Stadtvermessung weist eine große Vielfalt hinsichtlich der Anforderungen der bestellenden Dienststellen auf. Hochbau, Tiefbau, Brückenbau und U-Bahn-Bau sind ebenso vertreten wie Verwaltungsabteilungen, die einen einfachen Lageplan zur Einreichung um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen benötigen. Für diese Zwecke wurden als Projektgrundlagen insgesamt 188 Lage- und Höhenpläne hergestellt. Die entsprechenden Arbeiten wurden teils von Ingenieurkonsulenten, teils

vom eigenen Personal ausgeführt. Das gilt auch für 51 Absteckungen und sonstige Vermessungen. Besonders umfangreiche und wichtige Arbeiten wurden für verschiedene Bereiche der U 3 und U 4 geleistet sowie für die B 3 — Umfahrung Aspern.

Durch die Gruppe Baumessungen werden die realisierten Projekte ingenieurgeodätisch an Ort und Stelle durch Absteckung in die Natur übertragen und während der Ausführung durch laufende Kontrollen lage- und höhenmäßig überwacht. Zu Beginn dieser Arbeiten muß ein lokales Netz von Fixpunkten geschaffen werden, das eine optimale Sicherheit für die verschiedenen Meßmethoden garantiert. Derartig aufwendige Maßnahmen waren erforderlich beim „Strebersdorfer Knoten“ der A 22 — Donauuferautobahn ebenso wie für die Einrichtung der Baustelle Brigittenauer Brücke. Intensiver Einsatz von fünf Vermessungstrupps mußte wieder geleistet werden bei allen U-Bahn-Bauabschnitten, beim Knoten Nußdorf sowie bei den Straßenbauarbeiten zur Fertigstellung der Oberflächen Lassallestraße und deren Umgebung. Außerdem wurden im Bereich der III. Wiener Wasserleitung umfangreiche Absteckungsarbeiten und Grenzwiederherstellungen durchgeführt.

Für städtische Liegenschaften sowie im Zusammenhang mit Grundstückstransaktionen wurden über 1.000 Einzelfälle behandelt, davon rund 270 Grundteilungen in- und außerhalb Wiens. Eine beträchtliche Anzahl der dafür notwendigen Teilungspläne wurde vom eigenen Personal verfaßt: Die Abteilung ist „Vermessungsbefugter“ nach dem Liegenschaftsteilungsgesetz, eine Sonderstellung, die nur wenigen Vermessungsdienststellen in Österreich zusteht. Für viele Betriebe und Verwaltungsdienststellen des Magistrates waren für die Nutzung ihrer Liegenschaften Grenzfeststellungen und exakte Flächenbestimmungen vorzunehmen: so für die Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien, für die Friedhofsverwaltung, ferner im Zusammenhang mit dem Siedlungsprogramm, für die Kleingartenverwaltung sowie für die Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft (WIBAG). Die Wasserwerke, aber auch die städtische Forstverwaltung werden fast ausschließlich von der Abteilung vermessungstechnisch betreut.

Vom Referat Bildmessung wurden 234 km² des Wiener Stadtgebietes und der Randzonen photogrammetrisch ausgewertet, so daß die Grundrißdarstellung der Stadtkarte in diesen Bereichen auf den Stand des Bildfluges 1979 gebracht werden konnte. Damit wird gewährleistet, daß bis zum nächsten Flug 1982 erstmals die Fortführung der Stadtkarte 1 : 2.000 in einem 3-Jahres-Rhythmus durchgeführt werden kann. Da das vorhandene Personal in der Kartographie nicht ausreicht, um mit der Aktualisierung aller Stadtkartenwerke nachzukommen und um verschiedene andere Möglichkeiten einer automatischen Kartenherstellung zu nutzen, ist bei der MD-ADV durch die graphische Datenverarbeitung (GDV) ein neuer Weg beschritten worden. Wie in allen Arbeitsbereichen, die erstmals von der Automation übernommen werden, bringt die Umstellung auch in diesem Fall einen großen Arbeitsaufwand für die beteiligten Dienststellen mit sich. Von jedem der 400 Stadtkartenblätter im Maßstab 1 : 1.000 sind durchschnittlich 2 Millionen Daten zu erfassen (Digitalisierung), zu speichern und zu zeichnen. Die Vorbereitung für das Digitalisieren stellt an die Bildmessung hohe Anforderungen, da nur aktuelle Luftbildauswertungen bearbeitet werden, die speziell im Maßstab 1 : 1.000 für diesen Zweck hergestellt werden.

Sehr arbeitsintensiv waren die Aufgaben, um die Höhengliederung der Stadtlandschaft zu erfassen. Diese Pläne mit Gesimskoten und Dachausmittlungen werden vorwiegend für Bezirksentwicklungspläne, für die Herstellung von Modellen und die planerische Bearbeitung von Ortskernen gemacht. So waren die Arbeiten für die Aufnahme der Wiener Innenstadt besonders aufwendig, da große Bereiche photogrammetrisch gemessen werden mußten.

Zur Herstellung von Trassenplänen der III. Wiener Wasserleitung im Maßstab 1 : 1.000 wurde zwischen Ebereichsdorf und Unterlaa ein 25 km langer Bildflug durchgeführt. Der überwiegende Teil wurde bereits ausgewertet, so daß die III. Wiener Wasserleitung auf einem Plan in einer Länge von rund 25 m und in einer Breite von 100 m beiderseits der Trasse dargestellt sein wird.

Die Luftbildmessung wird auch häufig zur Klärung von Rechtsfragen herangezogen. Auf Grund von periodisch durchgeführten Flügen können größere Besitzstörungen und Grenzverletzungen erkannt werden, aber auch der Baumbestand ist somit überprüfbar.

In Fortsetzung der 1979 erstellten Realnutzungskartierung wurden die in diesem Zusammenhang ermittelten Bauflächen blockweise zusammengefaßt und bearbeitet, so daß mit den EDV-Programmen der ADV wesentlich genauere Aussagen über Wohndichte und Bruttogeschoßflächen jedes einzelnen Blockes des Stadtgebietes gemacht werden können.

Auf dem Internationalen Kongreß für Photogrammetrie wurden im Rahmen einer Ausstellung Exponate der Stadt Wien gezeigt, und zwar die Kartenproduktion, das Räumliche Bezugssystem sowie aktuelle Arbeiten der Bildmessung.

Auf dem Gebiet der Kartographie wurde vordringlich an der Fortführung der Stadtkarte 1 : 2.000 gearbeitet, um den Bildflug 1979 möglichst rasch zu verwerten. So wurden 162 Blätter auf den neuesten Stand gebracht und für den Druck vorbereitet. Bei 83 Blättern mußten die Folien für den Hauston, die Höhenlinien und die Beschriftung neu gezeichnet oder ergänzt werden. Die Darstellung des Bebauungsplanes wurde bei 115 Blät-

tern fortgeführt oder neu gezeichnet und für 17 Blätter die Schutzzonefolien neu hergestellt. Beim Kartenwerk 1 : 5.000 konnten 75 Blätter mit Straßennamen und Orientierungsnummern ausgestattet, ferner die zehn Blätter des 19. Bezirkes in zwei Farben gedruckt werden. Die Herstellung weiterer Bezirkspläne in geeigneten Maßstäben wurde fortgesetzt. Die Originale der verschiedenen Stadtkartenwerke wurden in verstärktem Maße als Grundlage für die unterschiedlichsten Aufgaben verwendet und als Pausen oder Folien kopiert: Für die Dienststellen des Magistrates waren es insgesamt 10.418 Stück. Das bedeutet eine Zunahme von rund 2.000 Kopien innerhalb eines Jahres und einen Zuwachs von 100 Prozent seit 1977, was für die vielseitige Nutzung der Stadtkarte spricht.

Ein vielfältiges Arbeitsgebiet ist die thematische Kartographie. Die 30 Blätter des generalisierten Flächenwidmungsplanes 1 : 10.000 wurden als Vielfarbindruck für das gesamte Stadtgebiet fertiggestellt. Für die Arbeiten zum Stadtentwicklungsplan der Geschäftsgruppe Stadtplanung wurden kartographische Beiträge zu den Themen „Profilüberragende Gebäude 1 : 75.000“ und „Kommunaler Wohnbau 1 : 200.000“ geleistet und die Grundkarten 1 : 50.000, 1 : 75.000, 1 : 100.000, 1 : 200.000 überarbeitet.

Graphische Arbeiten und Sonderaufgaben waren für die Büros des Bürgermeisters und der Magistrate sowie für zahlreiche Magistrate abteilungen auszuführen. Für die Ausstellung „100 Jahre Wald- und Wiesen-Gürtel“ wurde die historische Entwicklung zum Thema durch Rasterfolien in vier Farben auf der Grundkarte 1 : 25.000 gezeigt. Für den Druck der automatisch gezeichneten Stadtkarte 1 : 2.000 waren sieben Kartenblätter mit Hauston-Stripfolien zu versehen. Die Kartographie der Stadtvermessung ist, entsprechend ihrem Auftrag, eine echte Servicestelle für den gesamten Magistrat und darüber hinaus für viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens.

Die besonderen Leistungen bei der Aktualisierung der Stadtkarte wurden auch durch die Mitarbeit der technischen Zeichner erbracht. Sie haben neben ihren ständigen Arbeiten zur Herstellung von Lage- und Höhenplänen, Teilungsplänen usw. einen großen Anteil an der raschen Matrizierung von Luftbilddauswertungen für technische Zwecke. Trotz des konstanten Einsatzes einzelner Mitarbeiter in anderen Referaten konnten wieder für Projektgrundlagen 66, für Grundteilungen 32 druckfähige Originale gezeichnet und 86 große Änderungsarbeiten bei der Neuauflage von Teilungsplänen durchgeführt werden.

Vom Referat für Nivellements und allgemeine Setzungsmessungen wurde neben einer großen Anzahl von Beobachtungen auf Vertikalbewegungen an rund 40 städtischen Bauwerken die Messung am Höhenfestpunktnetz weitergeführt. Das Ergebnis dieser Arbeit konnte in Form der fünften Auflage des 350 Seiten umfassenden Höhenfestpunktverzeichnisses an die mit Vermessungs- bzw. Bauarbeiten befaßten Benutzer im März 1980 ausgesendet werden. Es wurde 37 technischen Magistrate dienststellen zur Verfügung gestellt; darüber hinaus wird es auch von allen Ingenieurbüros verwendet, die Höhengnahmen durchführen.

Eng mit diesen Arbeiten verbunden ist auch das Referat für Sondermessungen. Dort werden unter anderem Deformationsmessungen höchster Präzision durchgeführt, wenn an wichtigen Objekten Bauschäden festgestellt werden oder durch Baumaßnahmen solche eintreten können. Einige Baulichkeiten, wie die Stephanskirche, die Praterbrücke, die Wasserleitungstrasse bei Wilhelmsburg und Scheibbs, die in diesen Bereichen durch Rutschgelände führt, sowie das Kinderheim in Neustift/Scheibbs, mußten, wie schon in den Vorjahren, unter Beobachtung gehalten werden, da die Bewegungen anhalten. Neu angefordert wurden unter anderem Deformationsmessungen für die Stützmauer der Oberen Augartenstraße gegen den Augarten, für die Mariensäule auf dem Jodok-Fink-Platz, für die Kinderheime in Gaaden und Tribuswinkel sowie für einen Rutschhang am Wienerwaldsee. Eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe war die Neigungsbeobachtung des Strompfeilers an der neuen Wiener Reichsbrücke bei den Vorbauarbeiten bzw. beim Zusammenschluß der Brückenteile. Wegen der Bedeutung der Deformationsmessungen und anderer ingenieurgeodätischer Arbeiten konnte ein Mitarbeiter der Abteilung am „8. Internationalen Kurs für Ingenieurvermessung“ in Zürich teilnehmen. Das zweite umfangreiche Aufgabengebiet des Referates „Sondermessungen“ umfaßt die Stellungnahmen im „Gründruck-Verfahren“ beim „Sternlauf“ der neuen Plandokumente. Neben der Überprüfung der Aktualität der Plandokumente ist meist auch ein technisches Nivellement dieser Plangebiete erforderlich, um den Einbautendienststellen Grundlagen für ihre Planungen liefern zu können. Für 31 Plandokumente mit einer Gesamtfläche von 10 km² wurden Höhenkoten bestimmt und Stellungnahmen abgegeben. Für die digitalisierte Stadtkarte werden gleichfalls aktuelle Höhen durch technische Nivellements bestimmt, ebenso wie für weitere zehn Stadtkartenblätter mit einer Fläche von insgesamt 13 km². Diese neuen Höhenkoten wurden auch in die anderen Stadtkartenwerke übernommen und finden ihren Niederschlag im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien.

Im Referat „Architekturmessung“ wurden mehrfach Bildkonstruktionen hergestellt, unter anderem für die Verbauung des Ballhausplatzes, die auch in einer Ausstellung präsentiert wurde.

Die Vergabe von Aufträgen an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen mit einer Gesamtsumme von rund 30 Millionen Schilling verursachte einen großen Verwaltungsaufwand. In zahlreichen Verhandlungen wurden die angebotenen Leistungen auf ihren Umfang und deren Angemessenheit geprüft und die rationellste Arbeitsweise festgelegt. Auf Grund eines Bestandes von fast 13.000 Originalplänen und weiteren technischen Unterlagen im Archiv der Stadtvermessung ist es möglich, die Kosten von Vermessungsarbeiten zu senken und de-

ren Honorierung nach dem Stundensatz der GOV (Tarif der Ingenieurkammer für Vermessungsleistungen) vorzunehmen.

Die Stadtvermessung ist förderndes Mitglied des österreichischen Vereines für Vermessungswesen und zieht Nutzen aus den zahlreichen fachlichen Veranstaltungen, die in der Regel an der Technischen Universität Wien stattfinden. Im Herbst war es den Akademikern der Dienststelle möglich, dort ein umfangreiches Weiterbildungsseminar in Theorie und Praxis zu besuchen.

Die Mitarbeit an verschiedenen Arbeitskreisen, wie Fachnormenausschuß, Österreichische Raumordnungskonferenz, Konferenz der Vermessungsexperten der Länder usw., dient der fachlichen Weiterbildung und den Kontakten mit Berufskollegen und verwandten Dienststellen. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen um die Anlage eines *Leitungskatasters*. In der Zusammenarbeit mit den Leitungsträgern, insbesondere mit den Stadtwerken—Gaswerke und der MD-ADV, wurden in diesem Fall große Fortschritte erzielt. Dieses Thema wird auch im neu eingesetzten Arbeitskreis der Vermessungsdienststellen der Städte intensiv behandelt werden. Vom Österreichischen Städtebund wurde dem Leiter der Stadtvermessung der Vorsitz in diesem Gremium übertragen.

Um alle städtischen Dienststellen, aber auch andere Interessenten über die Arbeit der Abteilung und über das Angebot an Leistungen zu informieren, wurde eine Broschüre verfaßt, die in Kürze ausgesendet werden wird. Darin werden sämtliche Kartenwerke der Stadtvermessung in Form von Planausschnitten vorgestellt.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Das Jahrbuch der Stadt Wien 1979 erschien in zwei Bänden: „Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1979“ kam in einer Auflage von 650 Exemplaren, das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1979“ in einer Auflage von 800 Exemplaren im Dezember 1980 heraus. Die Herstellung besorgte die Druckhaus Vorwärts AG, der kommissionsweise Verkauf wurde dem Verlag Jugend und Volk übertragen. Die Publikation konnte wieder durch die Aufnahme neuer oder neugestalteter Tabellen sowie durch Graphiken in Farbe erweitert werden.

Das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1979, erschienen im Mai 1980, wurde in einer Auflage von 3.000 Stück herausgegeben; es ist 116 Seiten stark, wurde in der Druckhaus Vorwärts AG gedruckt und dem Verlag Jugend und Volk zum kommissionsweisen Verkauf übergeben.

Die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“ wurden in einer Auflage von 650 Stück von der Ueberreuterschen Buchdruckerei hergestellt, die auch den kommissionsweisen Verkauf besorgt. Die Publikation brachte neben dem Tabellenteil auch ausführliche Artikel mit statistischen Analysen aktueller Probleme, wie über die Bevölkerungsentwicklung und -prognose, die Einwohnerverteilung innerhalb des Stadtgebietes, über Wanderungsbewegungen im Wiener Raum, die Bundespräsidentenwahl 1980, Ehescheidungen, das Wiener Regionalprodukt, über Verkehrsunfälle, Führerscheinerteilungen und den Verwendungszweck von Personenkraftwagen.

Als weitere Publikation erschien im Jahre 1980 eine Broschüre, die die Ergebnisse der nicht landwirtschaftlichen Bereichszählungen 1976 „Gewerbliche Wirtschaft in Wien“ im Umfang von 18 Text- und 14 Tabellenseiten aufzeigt. Das mit Farbgraphiken ausgestattete Heft zeigt neben einer Darstellung der zeitlichen Entwicklung die wirtschaftliche Bedeutung Wiens in Österreich und in der Ostregion.

Statistische Informationen über die Ergebnisse des Mikrozensus und die räumlichen Unterschiede in der Ausstattung der Wiener Wohnungen wurden vielfältig und den interessierten Stellen übermittelt.

Die monatliche Information „Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung“ enthält die jeweils aktuellen Daten über den Arbeitsmarkt, die Produktion, den Handel, Fremdenverkehr, die Einkommen und Preise für Wien und Österreich einschließlich der jährlichen Veränderungsdaten.

Die statistischen Veröffentlichungen haben in erster Linie die Aufgabe, die städtischen Mandatare und Dienststellen zu informieren. Ein großer Teil der Auflage wird gegen statistische Werke anderer Stellen des In- und Auslandes getauscht. Der Rest ist dem Verkauf vorbehalten.

Eine wesentliche Erweiterung und Aktualisierung der statistischen Information konnte mit dem Anschluß an die *Datenbank* des Österreichischen Statistischen Zentralamtes durch ein bei der Abteilung aufgestelltes Datensichtgerät erreicht werden. So können statistische Daten über Einwohner, Wohnungswesen, Wirtschaft und Preise abgefragt werden, wobei das gespeicherte Material für das gesamte Bundesgebiet verfügbar ist und zum Teil bis unter die Gemeindeebene reicht.

Im Rahmen der Vorbereitungen für die *Großzählung* 1981 (Volks-, Häuser-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung) wurde mit Stichtag 21. April 1980 eine zweite Probezählung in Teilbereichen des 7., 10., 13., 14., 16., 18., 20., 22. und 23. Gemeindebezirkes durchgeführt. Als wichtige arbeitstechnische Grundlage für die Großzählung 1981 wurde in Zusammenarbeit mit der MD-ADV und der MA 21 sowie den magistratischen Bezirksämtern ein Adressenverzeichnis erstellt, in das neben den Adressen von Wohngebäuden auch die Anschriften von Betriebsgebäuden und Kleingärten Eingang fanden. Dieses Adressenverzeichnis umfaßte mit Stand 31. Dezember 1980: 142.776 Haupt- und 40.133 Identadressen. In Wien wird die Erhebung der Großzählung

von rund 15.000 Zählorganen durchgeführt, die die Zählpapiere an die Auskunftspflichtigen weiterzuleiten und von diesen einzusammeln haben. Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Erhebung zu gewährleisten, wurden die Zählpapiere beim Österreichischen Statistischen Zentralamt bestellt bzw. durch die MA 54 in Auftrag gegeben, und zwar (in 1.000 Stück): 2.425 Personenblätter, 1.340 Wohnungsblätter, 1.100 Kuverts, 1.050 Haushaltslisten, 194,5 Gebäudeblätter, 194,5 Adreßbogen, 168 Arbeitsstättenbelege, 100 Hausankündigungen, 200 Benachrichtigungskarten für die Volkszählung und 50 für die Arbeitsstättenzählung. Aus Geheimhaltungsgründen kommen in Wien Kuverts, in denen die ausgefüllten Zählpapiere verschlossen übergeben werden können, zur Verteilung. Mittels eines Magistratserslasses, zweier Rundschreiben und direkter Kontakte erhielten die Zahlungsverantwortlichen der magistratischen Bezirksämter Anweisungen für ihre Tätigkeit im Rahmen der Großzählung 1981.

Für den Stadtentwicklungsplan stellte die Abteilung umfangreiches Zahlenmaterial zur Verfügung, das teilweise nach räumlich neu geschaffenen Einheiten gegliedert werden mußte. Vor der Veröffentlichung der einzelnen Sachkapitel des Stadtentwicklungsplanes wurden eine Überprüfung und Abstimmung der verwendeten Datenunterlagen und der daraus gefolgerten Aussagen vorgenommen. Als Begleitpublikationen zu den Kapiteln des Stadtentwicklungsplanes wurde die Herausgabe von kurzgefaßten Faltinformationen fortgesetzt, die die wichtigsten statistischen Angaben des Stadtentwicklungsplanes in leicht verständlicher Form wiedergeben. Im Jahre 1980 sind zu den bisher erschienenen Faltinformationen zwei weitere mit den Themen „Der Wiener Verkehr“ und „Die Wiener Wohnungen“ hinzugekommen.

An Sonderzählungen wurden die vierteljährlichen Mikrozensusserhebungen mit immer gleichbleibendem Grundprogramm und mit folgenden Themen der Sonderprogramme, wie erweiterte Wohnungserhebung; Grundbesitz, Landwirtschaft, Zimmervermietung; Arbeitsbedingungen sowie Sport-, Freizeit- und häusliche Unfälle, durchgeführt. Für die Magistratsdirektion-Koordinationsbüro und die MA 18 waren in zwei Zusatzprogrammen Daten über die Wohnungs- und Verkehrssituation in Wien zu ermitteln. Die Erhebungen erfolgten mittels der Interviewerorganisation des Mikrozensus, die im Jahre 1980 108 Interviewer umfaßte.

An agrarstatistischen Erhebungen waren im Jahre 1980 auf Grund der Verordnungen, BGBl. Nr. 24 und 26/1980, mit Stichtag 1. Juni 1980 eine land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung und eine Erhebung des Anbaues auf dem Ackerland (Anbaustichprobe) durchzuführen. Ferner wurden auf Grund der Verordnung, BGBl. Nr. 25/1980, mit Stichtag 1. Juni 1980 eine Rinderzwischenzählung, mit Stichtag 3. März, 1. Juni und 3. September 1980 eine Schweinezwischenzählung und mit Stichtag 3. Dezember 1980 eine Allgemeine Viehzählung vorgenommen, wobei alle Erhebungen als Stichprobenerhebungen konzipiert waren. Die Erhebung der Weingartenflächen, der Weinernte, der Weinvorräte und des Weinlagerraumes erfolgte auf Grund der Verordnung, BGBl. Nr. 407/1980, mit Stichtag 30. November 1980. Für die Mitwirkung der Gemeinden an diesen Zählungen wurden vom Bund je erhobenen Betrieb pauschale Kostenabfindungen gezahlt, die bei der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung und Bodennutzungserhebung je Betriebsbogen 30 S, bei der Weingarten- und Weinernteerhebung 5 S je Weinbaubetrieb, bei der Allgemeinen Viehzählung 30 S, bei gleichzeitig durchgeführter Rinder- und Schweinezählung 20 S und bei der Schweinezählung 15 S je Tierhalter ausmachten.

Im Jahre 1979 waren vom Referat für Bevölkerungsstatistik etwa 57.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeborene, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen zu bearbeiten. Die aus dem Erhebungsmaterial gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese dienen in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch, werden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Anfragen bewiesen, daß am Bevölkerungsgeschehen, wie es sich in Form der Statistik darbietet, reger Anteil genommen wird. Über die Wanderungsbewegung als einen grundlegenden Bestandteil der Bevölkerungsvorgänge geben die monatlich einlangenden Berichte der Bundespolizeidirektion Auskunft; sie liefern die Grundlage für die durch Zu- und Abwanderung entstehenden Veränderungen bei der Fortschreibung der Bevölkerungszahl.

Die monatlichen Berichte von den Wiener, in städtischer und sonstiger Verwaltung stehenden Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten stellen die Grundlage für die Erstellung der entsprechenden Monats- und Jahresstatistik dar. Alle das Kranken- und Anstaltenwesen betreffenden Fragen, wie Zahl der Betten, der Ärzte, der Pflegepersonen, Zu- und Abgang sowie Aufenthaltsdauer von Pflegelingen, Art ihrer Erkrankung usw., sind dieser Krankenanstaltenstatistik zu entnehmen. Die Ergebnisse werden im Jahrbuch veröffentlicht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt in monatlichen und jährlichen Berichten zur Verfügung gestellt.

Das Referat für Fremdenverkehrsstatistik bearbeitet die monatlichen Meldungen von fast 300 Fremdenverkehrsbetrieben. Die erstellte Statistik wird vom Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie zahlreichen interessierten Stellen monatlich übermittelt und in den Publikationen der Abteilung veröffentlicht. Auf Grund der Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung (BGBl. Nr. 73/1973) wurde der monatliche Kostenersatz

des Bundes für 1980 mit 30 S für den Gemeindebogen und darüber hinaus mit 7,50 S pro gewerblichem Beherbergungsbetrieb und mit 2,50 S pro sonstiger Fremdenunterkunft festgesetzt.

Mit der Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 12. Juli 1979 über wohnbaustatistische Erhebungen (Wohnbaustatistik-Verordnung 1980), BGBl. Nr. 342/1979, wurde ab 1. Jänner 1980 ein neues Erhebungsblatt aufgelegt, das gleichzeitig mit der Baubewilligung in dreifacher Ausfertigung vom Bauherrn auszufüllen ist. Im Unterschied zur bisherigen Regelung erfolgt die Meldung der Baufertigstellung nicht mehr durch ein Formblatt, sondern durch Eintragung in einem von der Gemeinde zu führenden Baufortschrittsverzeichnis. Da mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung eine gesetzliche Verpflichtung zur Meldung von Wohnungsabgängen durch Abbruch oder sonstige Baumaßnahmen (zum Beispiel Wohnungszusammenlegung) nicht mehr besteht, deren Kenntnis jedoch zur Erfassung des Wohnungsbestandes erforderlich ist, wurde hiefür eine eigene Drucksorte aufgelegt und deren Ausfüllung durch MD-Erlaß für die Baupolizei verpflichtend gemacht. Als Kostenbeitrag für die Durchführung der Wohnbaustatistik wurde für jede Bauführung vom Bund ein Betrag von 60 S gewährt.

Für die amtliche österreichische Preisstatistik waren monatlich 3.500 Preismeldungen auf 800 Erhebungsformularen zu bearbeiten und in 350 Karteikarten zu übertragen. Nach der Vorlage vor dem örtlichen Preiskomitee, das aus Vertretern der Kammern und der Gemeindeverwaltung besteht, werden die Meldungen dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt. Die der Stadt Wien durch die Preisstatistik erwachsenden Kosten wurden vom Bund mit einem Betrag von 247.000 S abgegolten.

Die Abteilung hat auch im Jahre 1980 in zahlreichen Fällen die Beschaffung von statistischem Material für städtische Mandatare und Dienststellen besorgt. Außer der täglichen telephonischen Auskunftserteilung wurden zahlreiche schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet. Die Wien betreffenden Daten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte“ wurden zusammengestellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zugesendet.

Die Abteilung war im Jahre 1980 bei der 22. Kommunalstatistischen Tagung, Linz, 17. und 18. Juni, bei der 80. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker sowie bei der 51. Jahresversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Hamburg, 1. bis 5. Dezember 1980, vertreten.

An den Sitzungen der Statistischen Zentralkommission, an deren Fachberäten und Arbeitsgruppen sowie an den Sitzungen des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil.

Für die Statistische Fachbibliothek wurden im Jahre 1980 überwiegend im Tausch gegen eigene Publikationen des Amtes 58 Werke mit 664 Bänden erworben; der Bücherbestand erhöhte sich auf 8.121 Bände am Jahresende.